

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Aufklärung tut not!

Ueber Versailles und gegen die Reparationslasten / Von Theodor Leipart

Der Nationalsozialismus ist, unter großen historischen Gesichtspunkten betrachtet, eine innenpolitische Folgeerscheinung des außenpolitischen Drucks, der seit dem Vertrag von Versailles auf unserm Volke lastet. Dieser Vertrag hat den Krieg abgeschlossen, aber er hat den Frieden nicht gebracht, weder für Deutschland noch für Europa. Der Kampf für die wirtschaftliche und politische Befriedung der Welt, den die deutsche Arbeiterbewegung seit über einem Jahrzehnt mit nie erlahmender Energie geführt hat, steht daher notwendigerweise im Zeichen eines unablässigen Kampfes gegen die von einer engstirnigen Machtpolitik diktierten Bestimmungen dieses Vertrages und gegen das politische System, das er geschaffen hat.

Einsichtige und weitblickende deutsche Staatsmänner, die keineswegs die gleiche Auffassung von der sozialen Lebensordnung unseres Volkes vertreten wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, politische Persönlichkeiten von geistigem Format wie Rathenau und Stresemann haben den außenpolitischen Sinn dieses Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung um einen echten Frieden denn auch intuitiv erfaßt und gemeinsam mit ihr an der großen und schwierigen Aufgabe gearbeitet, die politische und wirtschaftliche Souveränität unseres Volkes ungeschmälert wiederzugewinnen. Dagegen haben weite Schichten des Volkes ihn nie verstanden. Sie wollten ihn nicht verstehen, weil sie der von der Arbeiterbewegung angebahnten Entwicklung der deutschen Republik zu einem sozialen Volksstaat mit innerer Fremdheit, ja mit wachsender Feindschaft gegenüber standen. Heute, in einer Zeit, in der die gewaltsamen Beschränkungen der politischen und wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit unseres Volkes durch die Qualen und Nöte einer Wirtschaftskrise, die in der Geschichte des letzten Jahrhunderts ihresgleichen nicht hat, mit gesteigertem Wucht fühlbar werden, wendet sich ein großer Teil des mittleren Bürgertums, der Angestelltenschaft und der akademischen Jugend einer Partei zu, die in bewußtem haßerfülltem Gegensatz zur deutschen Arbeiterbewegung steht.

Soweit es Menschen der alten Generation sind, die dem Nationalsozialismus ihre Stimme geben, waren sie nicht unter den Männern zu finden, die es wagten, in der schweren Zeit der Nachkriegsjahre den Mut zu verantwortlichem Handeln aufzubringen. Soweit die junge Generation in Betracht kommt, die in ihrer Kindheit den Krieg, in ihrer Jugend die Jahre der Inflation erlebte und heute ohne Hoffnung auf eine gesicherte Existenz oder eine ansteigende Laufbahn ins Leben tritt, wurde sie leicht zum Opfer jener historischen Legende, zu der von einer zielbewußten Propaganda die harte Wirklichkeit der deutschen Geschichte der letzten anderthalb Jahrzehnte verfälscht worden ist, eine Wirklichkeit, die den leitenden Staatsmännern als deutsch empfindenden Persönlichkeiten ein Maß von Entschlossenheit auflegte, das kaum zu ertragen war. Es wurde noch bitterer und schwerer durch die Vorleumdungen, denen sie preisgegeben waren. Unbekannt mit dem wirklichen Verlauf der deutschen Geschichte suchte diese verführte und kritiklose Jugend nach einem Schuldigen an dem Schicksal des Volkes und der Not des einzelnen und ließ sich willig überreden, daß das herrschende System und die Parteien, die sich schützend vor die Weimarer Verfassung und die Rechte der Arbeiterschaft stellten, allen voran der „internationale Marxismus“, für den Gewaltvertrag von Versailles, ja für den unglücklichen Ausgang des Krieges die Verantwortung trügen, ganz zu schweigen von der gegenwärtigen Not, der Verarmung der Mittel- und Unterschichten und dem Elend der Arbeiterschaft.

Und diese Erfolge erzielte eine Partei, die keine einheitliche Weltanschauung, keine einheitliche geistige Haltung hat, es sei denn, daß die erregte und lärmende Unzufriedenheit mit dem „gegenwärtigen System“ unter den furchtbaren Verhältnissen der Gegenwart schon als eine Weltanschauung gelten kann. Aber eben weil sie sich mit dieser bloßen Verneinung begnügt, eben weil im übrigen ihr positives Programm banal wie eine Kinderfibel ist, kann sie heute, wo aus begreiflichen

Gründen die Bitterkeit über das Ausweglose der Situation überall das vorherrschende Gefühl ist und die kritische Einsicht lähmt, auf Massenbekehrungen rechnen, wenn sie nur verspricht, die Berge, die wie ein Alpdrück auf dem Volk lasten, zu versetzen, sobald sie an der Macht ist.

Die deutsche Arbeiterbewegung kann dieser Bewegung nur Einhalt gebieten, wenn sie durch unablässige Aufklärungsarbeit über die wirkliche Geschichte der Außenpolitik des letzten Jahrzehnts die historische Legende zerstört, mit der die nationalsozialistische Presse und ihr Rivalo in der Verleumdung, die Hugenberg-Presse, die öffentliche Meinung gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aufhetzt. Kurse und Arbeitsgemeinschaften über den Versailler Vertrag, seine politischen und wirtschaftlichen Folgen, wie über den zähen Kampf, den, nicht zuletzt unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiterbewegung, das neue Deutschland und seine Einheit und Freiheit geführt hat, sind heute ein wichtiges Stück sozialistischer Aufklärungsarbeit. Diese Aufgabe wird zugleich auf uns selbst einen heilsamen Zwang ausüben. Denn nur zu sehr wirkt in der Sprache der sozialistischen Propaganda noch die aus der Vorkriegszeit übernommene abstrakte Denkweise nach, die nicht mehr die Sprache der heutigen Zeit ist. Wenn wir die Menschen anderer Klassen, insbesondere aber die Jugend, die in dem Schatten von Versailles aufgewachsen ist, für die Gedankenwelt des Sozialismus gewinnen wollen, müssen wir den Sozialismus anschaulicher und lebendiger in die künftige Entwicklung der

deutschen Geschichte hineindenken. Wir müssen mit anderen Worten, weit über unsere Kreise hinaus, die Sprache finden, die der historischen Leistung der Arbeiterbewegung für Deutschland entspricht.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist ein Stück deutscher Geschichte. Und der angeblich „internationale“ Marxismus läßt sich von seinem Verdienst um das innere und äußere Schicksal Deutschlands vor und nach dem Kriege wie während des Krieges durch eine noch so marktschreierische Agitation keinen Deut abschwätzen. Wie es Bebel vorausgesagt hat, sind hunderttausende und aberhunderttausende überzeugte Anhänger der deutschen Arbeiterbewegung in die Schützengräben der Ost- und Westfront gezogen, um unser Land, das sie zur Heimat aller Deutschen machen wollten, zu verteidigen. Wenn schon von Dingen geredet werden soll, über die wir sonst als über Selbstverständliches schweigen, wollen wir heute feststellen, daß es in Deutschland keine Organisationen gibt, die so große Scharen ehemaliger Frontkämpfer vereinigen wie die deutschen Gewerkschaften. Sie haben sich dessen nie gerührt und verzichten auch heute darauf, Taten aufzubringen, die in dem Maße an Wert verlieren, wie man sie in Langemark- und anderen Kriegervereinskundgebungen anpreist. Aber in dieser Zeit lärmender Propaganda für künftige nationale Leistungen scheint es mir notwendig, auf schweigend vollbrachte nationale Leistungen hinzuweisen, auf die Taten der unvergessenen Toten in unseren Reihen, die für das von uns erträumte und gewollte Deutschland fielen,

das sie zu einem freien und großen Volksstaat machen wollten.

Auch die gegenwärtige Not kann und darf uns nicht daran irremachen, daß der große Gedanke der organischen Einheit von Volk und Staat wie der Wille zu einer sozialen Lebensordnung unserm Volke, in der auch die Arbeiter sich, sowohl in der politischen wie in der wirtschaftlichen Sphäre, als freie Menschen in einem freiheitlich geregelten Gemeinwesen fühlen und betätigen können, die gestaltenden Kräfte einer größeren deutschen Zukunft sind. Die soziale Idee der deutschen Arbeiterbewegung muß zugleich als nationale Idee des ganzen Volkes erlebt und ausgesprochen werden, wenn wir den Sinn ihrer geschichtlichen Leistung und ihrer noch unverwirklichten Ziele für die künftige deutsche Geschichte nicht nur uns selbst, sondern der Jugend innerhalb und außerhalb unserer Reihen verständlich machen wollen. Und das ist unsere Aufgabe in der heutigen Zeit, in der wir im Nationalsozialismus einen skrupellosen Gegner bekämpfen müssen, der uns mit einer dreisten Fälschung der Geschichte um die Erfolge der jahrzehntelangen Kämpfe und die Arbeiter um die Reste der Freiheitsrechte betrügen will, die ihnen noch geblieben sind.

Dieser Kampf ist schwer, denn er kann mit Erfolg nur geführt werden, wenn die Arbeiterbewegung ihre ganze Kraft aufbietet, nicht nur, um die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise zu mildern und durch ein eigenes positives Programm der Arbeitsbeschaffung an ihrer beschleunigten Ueberwindung mitzuwirken, sondern auch, um den harten außenpolitischen Zwang zu beseitigen, der die Wirkung der Weltwirtschaftskrise für Deutschland unheilvoll verschärft, wenn er nicht geradezu als eine der entscheidenden Ursachen der Krise anzusehen ist. Dieser Zwang, unter dem unser Volk, und besonders die deutsche Arbeiterschaft seit über einem Jahrzehnt steht, sind die Reparationen, die heute, nachdem die zerstörten Gebiete im Westen längst wiederhergestellt sind, auch des Scheines einer sachlichen Berechtigung entbehren, während ihre moralische Begründung in der angeblichen Alleinschuld Deutschlands am Kriege niemals von der deutschen Arbeiterschaft anerkannt worden ist. Die technische Voraussetzung für die Zahlung der Reparationen nach der letzten Regelung im Neuen Plan war eine andere wirtschaftliche Welt als die, in der wir heute leben. In einer Weltwirtschaft, in der ein Land nach dem anderen sich vom Golde löst und unübersteigliche Zollmauern errichtet, in einer wirtschaftlichen Welt, deren tragende Grundlage, der Kredit, erschüttert ist, nicht zuletzt deshalb, weil der Zwang der Reparationen die politische Friedlosigkeit in Deutschland bis zum heimlichen Bürgerkrieg steigert und das Vertrauen in die Stabilität der deutschen Verhältnisse und die Regenerationskräfte der deutschen Wirtschaft untergräbt — in einer so veränderten Welt werden die Reparationen zu einer ständigen Ursache der Zerrüttung der öffentlichen Finanzen, zu einem chronischen Humilis aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung. Ihre Beseitigung ist daher von den Gewerkschaften aller Richtungen immer wieder gefordert worden. Die Verhandlungen in Basel beweisen, daß auch die Wirtschaftssachverständigen des Auslandes in ihrer Mehrheit die Reparationen als eine wesentliche, wenn nicht als wichtigste Ursache gerade der deutschen Krise ansehen. Wir geben uns keiner Täuschung über die Stärke der machtpolitischen Interessen hin, die einer sachlich gebotenen Lösung des Reparationsproblems entgegenstehen. Aber die Einheitsfront gegen den wirtschaftlichen und politischen Widersinn der Tribute wird von Tag zu Tag stärker. Die deutsche Arbeiterbewegung hat diesen Umschwung der öffentlichen Meinung der Welt mit an erster Stelle herbeigeführt. Sie muß jetzt die Konsequenz aus der Vorarbeit eines Jahrzehnts ziehen und ihre Stellung zum Reparationsproblem eindeutig aussprechen. Sie hat seit elf Jahren die Annullierung der Reparationen und interalliierten Kriegsschulden gefordert. Sie muß heute erklären, daß die Reparationen zuerst fallen müssen. Mit der endgültigen Ausschaltung dieser politischen Krisenursache würde

Neue Regierungs-Konferenz

Je verwirrt die Wirtschaftsverhältnisse werden, desto mehr Konferenzen werden abgehalten. Für den 18. Januar 1932 ist wieder eine Regierungskonferenz in Lausanne (Schweiz) in Aussicht genommen. Dort soll darüber verhandelt werden, ob Deutschland die Reparationen in Höhe des Neuen (Young-) Planes weiter bezahlen muß oder ob die Reparationen herabgesetzt oder gar eingestellt werden sollen. Neun ehemalige Kriegsgegner — Amerika wird nicht dabei sein — und Deutschland werden auf dieser Tagung vertreten sein. Deutschlands Wunsch ist, von den Reparationszahlungen für immer befreit zu werden, weil einmal genügend Zahlungen geleistet wurden und weil weitere Zahlungen unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen nicht möglich sind und weil spätere Zahlungen bei besserer Wirtschaftslage wieder zu weltwirtschaftlichen Störungen führen werden. Frankreich dagegen verlangt Bestehenbleiben des Neuen Planes und Zahlungsverpflichtung für Deutschland. Vorträge seien

innezuhalten. Andere Staaten wären schließlich mit einem Aufschub der Zahlungen auf einige Jahre zufrieden. Die Wünsche der Staaten gehen weit auseinander. Auf die Weltwirtschaft und ihr Funktionieren scheint wenig Rücksicht genommen zu werden, das geht aus den Kampfmaßnahmen der meisten Staaten gegeneinander hervor. Wirtschaftlich ist der Kampf aller gegen alle in den verflochtenen Monaten entbrannt, weil die Politik die Schwierigkeiten noch vergrößerte. Wenn das auf der kommenden Konferenz von den Politikern nicht eingesehen wird, dann kann man mit dem Schlimmsten rechnen. Die Finanzsachverständigen wiesen in Basel auf die Weltkrankheit hin, hoffentlich nicht umsonst. Die Arbeiter aller Länder haben ein Interesse an einer politischen und damit auch an der wirtschaftlichen Weltbereinigung. Es wird Zeit, daß die Regierenden mit Aufräumarbeiten beginnen, die Völker sind sicher bereit dazu.

Schlechter Wirtschaftszustand

Die Zustände in der deutschen Wirtschaft sind trostlos zu nennen. Wie es bei ihr gegenwärtig aussieht und inwieweit der Niedergang vorgeschritten ist, kennzeichnet die „Frankfurter Zeitung“ in folgender Weise: „Unsere industrielle Produktion ist auf den Stand der Jahrhundertwende zurückgeworfen. 17.000 Unternehmungen sind allein im letzten Jahre durch Konkurs zerstört. Fünf Millionen Arbeiter und Angestellte sind nach diesem schmerzhaften Umstellungs- und Anpassungsprozeß aus der Produktion ausgestoßen und haben zur Zeit keine Aussicht auf Wiedereinstellung. Die Zahl mag in den nächsten Monaten auf etwa sechs Millionen ansteigen. Die Arbeitslosigkeit hat ganz neue Schichten erfaßt; auch bei den Angestellten ist sie jetzt erstmalig rapide gewachsen. Am schlimmsten ergeht es der Industriearbeiterschaft, bei der von 10,5 Millionen mehr als ein Drittel zum Feiern gezwungen ist; in einzelnen Zweigen (Wohnungsbau) ist der Anteil noch erheblich höher. Die Einkommen sind rapide gesunken. Auch bei den Beamten ist jetzt Schmalhans Küchenmeister. Wenn das Institut für Konjunkturforschung für 1931 noch ein Volksein-

kommen von 50 bis 60 gegen 68 bis 70 im Jahre 1930 und 76 Milliarden RM im Jahre 1929 errechnet, so gilt das eben nur für das ganze Jahr mit seiner ersten, besseren Hälfte, nicht für den jetzigen Stand. Im Grunde ist es auch nicht einmal so sehr die durchschnittliche Einkommensminderung, sondern die Tatsache, daß riesige Menschenmassen überhaupt nichts mehr selbst verdienen und daß das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit fast über jedermann und über eines jeden Umgebung schwebt, was die Menschen zermürbt, die Charaktere zerstört, die Urteilskraft trübt und was die Millionen ins radikale Lager treibt, woraus nur neue Gefahren für die Wirtschaft entstehen. Es ist höchste Zeit, daß dieser fürchterlichen Nachkriegskrise, die zwar (wie jede Krise) nicht ohne wirtschaftserzieherische Nebenwirkungen ist, die sich aber darüber hinaus zu einer Gefahr für die ganze Menschheit auszuweiten droht, Einhalt geboten wird.“ Dem noch etwas hinzuzufügen, wird sich erübrigen. Das ist das Werk des Kapitalismus und nicht des Marxismus oder der Gewerkschaften, wie unsere Gegner zu behaupten pflegen. Das laut zu betonen, ist Sache der Arbeiterschaft.

eine entscheidende Wendung in der Nachkriegsgeschichte Europas beginnen, die auch die Vereinigten Staaten veranlassen könnte, ihren hartnäckigen Widerstand gegen die Streichung der interalliierten Kriegsschulden aufzugeben, besonders dann, wenn die bevorstehende Abrüstungskonferenz zu einem positiven Ergebnis führen wird. Die Lösung des Reparationsproblems im Sinne der wirtschaftlichen Vernunft würde das Signal sein zur Wiederkehr des Vertrauens in eine friedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung nicht nur Europas, sondern der Welt.

Diese befreiende politische Tat wäre zugleich der Anfang vom Ende des Nationalsozialismus, denn diese Bewegung lebt von der Agitation gegen die Fortdauer einer widerständigen Machtpolitik, die in den Reparationen ihren krasssten Ausdruck findet. Diese Agitation

aber erhält in den verheerenden und durch die Reparationen verschärften Folgen der Wirtschaftskrise für Deutschland einen neuen Stoff für ihre Hetze gegen die deutsche Republik und die deutsche Arbeiterbewegung. Wenn die verbündeten Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung und mit ihnen die überparteiliche, freiwillige Schutztruppe der Republik, das Reichsbanner, ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus und seine reaktionären Pläne zur Errichtung eines faschistischen Deutschlands vernichtende Stoßkraft geben wollen, so müssen sie zugleich mit gesteigerter Energie den Kampf gegen die verhängnisvollen wirtschaflichen Kräfte aufnehmen, die eine dauernde Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gleichermaßen verhindern wie den Frieden Europas und den wirtschaftlichen Aufschwung der Welt.

Ein Schritt zur 40-Stundenwoche

Der Ausschuss für die Arbeitslosigkeit des Internationalen Arbeitsamts in Genf hat eine Entschliessung angenommen, in der er sich zur Vierzig-Stunden-Woche bekennt. Das ist gewiß ein Fortschritt, die Frage ist nur, ob der Verwaltungsrat, dem die Entschliessung vorzulegen ist, sie auch annimmt. Da die Vertreter der englischen und französischen Regierung sich stets der Stimme enthalten, war die Mehrheit im Ausschuss immer sehr klein. Und auch wenn der Verwaltungsrat für die Entschliessung ist, dann ist der Fortschritt immer noch zunächst theoretischer Art, da unmittelbar Erfolg sobald nicht zu erwarten sind.

Beschlossen wurde folgendes:
„Unter dem Eindruck der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeitskrise und in Anerkennung der Tatsache, daß die Lösung der Krise nur durch wirtschaftliche, finanzielle und politische Maßnahmen gebracht werden kann, die den Zuständigkeitsbereich der Internationalen Arbeitsorganisation durchbrechen,

besteht der Ausschuss in erster Linie den Regierungen gegenüber darauf, daß sie im nationalen Bereich oder im Rahmen der internationalen Einrichtungen alle Initiativen tätig weiterverfolgen, die geeignet sind, Beschäftigungsgelegenheit wieder zu schaffen, und legt besonderen Nachdruck darauf, daß die im Bereiche der öffentlichen Arbeiten begonnene internationale Tätigkeit möglichst tatkräftig vorangebracht werden soll.

Gemäß der Entschliessung des Verwaltungsrats während seiner Oktobertagung 1931 hat sich der Ausschuss insbesondere mit der Möglichkeit befaßt, „im Wege von internationalen Abkommen, die allgemein oder je Gewerbe abgeschlossen werden können, zu einer zweckmäßigeren Einteilung der Dauer der Arbeitszeit zu gelangen“.

Der Ausschuss stellt fest, daß in allen Industriestaaten spontan vielgestaltige Bemühungen in den meisten Betrieben zu verzeichnen sind, um trotz des Rückganges der Produktion die größtmögliche Zahl von Arbeitern weiterbeschäftigen zu können.

In diesem Sinne erachtet der Ausschuss dafür, daß von den angenommenen Verfahren bestimmte Maßnahmen der Aufmerksamkeit aller gewerblichen Gemeinwesen empfohlen werden sollen, von denen einige schon ganz oder teilweise angenommen worden sind.

In erster Linie ist der Ausschuss der Ansicht, daß es nach Lage der Umstände mehr als je erwünscht ist, alle Uebereinkommen über die Arbeitszeit, insbesondere das Washingtoner Uebereinkommen über die Dauer der Arbeitszeit zu ratifizieren, und daß jedenfalls die Grundsätze des Uebereinkommens bis zum Zeitpunkte der Ratifikation überall angewendet oder weiter angewendet werden sollen, um einen festen Rahmen für die im nachstehenden vorgeschlagenen Einrichtungen zu bilden:

1. Die Ueberstunden werden unterdrückt. Wenn dies nicht möglich sein sollte, sind sie auf das geringstmögliche Maß zurückzuführen, insoweit dies unter Berücksichtigung voraussetzender Erfordernisse auf Grund von Aussetzungen der Technik oder der Saison oder der Ausführungsfristen nicht möglich ist.
2. Wann immer die technischen Voraussetzungen und die Zusammensetzung des Per-

sonals dies gestatten, soll eher die individuelle Dauer der Arbeitszeit der Gesamtzahl der Arbeiter verkürzt als zur Entlassung ge-griffen werden. Die Verkürzung kann entweder die Zahl der Arbeitsstunden des Arbeitstages betreffen oder, vorzugsweise, die Zahl der Arbeitstage je Woche. Sie kann auch durch einen regelmäßigen Wechsel zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen verwirklicht werden. Diesbezüglich lenkt der Ausschuss die Aufmerksamkeit auf die Maßnahmen, die in bestimmten Staaten vorgesehen worden sind, um die bezeichneter Ordnung während der Zeit der Teilarbeitslosigkeit durch Heranziehung der Arbeitslosenunterstützung zu erleichtern.

3. Trotz der ersten, aber doch wohl nicht unüberwindlichen Schwierigkeiten und vorbehaltlich der technischen, handelsmäßigen und finanziellen Möglichkeiten sollte der Grundsatz festgehalten werden, zeitweilig die individuelle Dauer der Arbeitszeit in den Unternehmen zu verkürzen, die gegenwärtig normal betrieben werden, um die Einstellung von Erwerbslosen zu gestatten.

4. Wenn darauf abgezielt wird, die Arbeitsgelegenheit auf die größtmögliche Zahl von Arbeitnehmern aufzuteilen, den guten Betriebsgang zu berücksichtigen und jedem beschäftigten Arbeitnehmer einen angemessenen Lohn zu gewährleisten, so sind nach Lage der Voraussetzungen während der gegenwärtigen Krise die besten Ergebnisse wohl erzielt worden durch Verkürzung der individuellen Dauer der Arbeitszeit, um eine Arbeitszeit von 40 Stunden wöchentlich herum, die je nach verschiedenen Maßnahmen, aber vorzugsweise auf fünf Tage aufgeteilt werden, insoweit die technischen Voraussetzungen das gestatten.

5. Um die etwaige Kürzung der Wochenlöhne zu vermeiden, glaubt der Ausschuss darauf hinweisen zu können, daß in bestimmten Staaten ein wenigstens teilweiser Lohnausgleich vorgenommen worden ist. Er ist erleichtert worden auf Grund der Verminderung der Soziallast durch Wiederbeschäftigung einer bestimmten Zahl von Erwerbslosen.

Der Ausschuss weist darauf hin, daß einige Staaten dem Wunsch Ausdruck verliehen haben, es mögen zeitweilige Abkommen über die Dauer der Arbeitszeit in bestimmten Gewerben Platz greifen. Der Ausschuss ersucht den Direktor, diese Anregungen bzw. Wünsche zu prüfen, für bestimmte Gewerbe zu untersuchen, ob die Lage gestattet, internationale Abkommen zu erwägen und gegebenenfalls den beteiligten Regierungen seine Mithilfe für die Einberufung etwaiger zweckmäßiger Tagungen anzubieten.

Aufgabe des Ausschusses während seiner gegenwärtigen Tagung war lediglich, die Frage der Einteilung der Arbeitszeit während der Krise zu prüfen. Der Ausschuss glaubt aber, die Wünsche der Berufsverbände von Arbeitnehmern betreffend die 40-Stunden-Woche erwägen zu sollen.

Der Ausschuss ersucht das Internationale Arbeitsamt, dieser Frage im Rahmen seiner Untersuchungen schon jetzt besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, um dem Verwaltungsrat in einem späteren Zeitpunkt die gesammelten Aufschlüsse, insbesondere über bestimmte bereits verwirklichte Versuche, vorzulegen zu können.

Spruchpraxis der Fachausschüsse

Das Hausarbeitsgesetz vom 27. Juni 1923 schreibt den Fachausschüssen nach § 20 die Aufgaben, die sie zu erledigen haben, vor. Danach haben die Fachausschüsse

1. auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden in geeigneter Weise, insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter, sowie von Auskunftspersonen die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes zu ermitteln, dessen Angemessenheit zu begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung angemessener Entgelte zu machen;
2. auch sonst den Abschluß von Lohnabkommen oder Tarifverträgen zu fördern;
3. falls in ihrem Bezirke den Hausarbeitern offenbar unzulängliche Entgelte gezahlt werden und eine Verständigung zur Herbeiführung von zuzulänglichen Entgelten nicht erzielt worden ist, nach §§ 26—40 die Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Entgelte als allgemeinverbindlich zu genehmigen oder Mindestentgelte für Hausarbeiter festzusetzen;
4. die Aufgaben der Schlichtungsausschüsse bei Arbeitsstreitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Hausarbeitern unter Berücksichtigung des § 41 zu erfüllen;
5. die Staats- und Gemeindebehörden durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung

von Gutachten zu unterstützen, auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in den verschiedenen Gewerbebezügen in ihrem Bezirke wirkenden, sowie Gutachten zu erstatten insbesondere über a) die Ausübung der §§ 3, 4, 10, 14—16 des Gesetzes (Lohn- und Betriebschutzvorschriften), b) die in ihm enthaltenen Bestimmungen für die Auslegung von Tarifverträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen den Gewerbetreibenden und Hausarbeitern bestehende Verkehrssitte;- 6. Wünsche und Anträge, die sich auf die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebezüge in ihrem Bezirk beziehen, zu beraten;
- 7. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der Wohlfahrt der Hausarbeiter zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

Diese Aufgaben sind zum großen und wichtigsten Teile schlichterlicher Art, deshalb ist ein Hand in Hand arbeiten mit den Schlichtungsausschüssen und beiderseits die Möglich-

keit der Aussetzung des Vorfahrens (§ 20, Abs. 1, Nr. 4 in Verbindung mit § 41) vorgesehen. Das kommt in Frage, wenn gleichzeitig Betriebsarbeiter und Hausarbeiter an einer Lohnregelung beteiligt sind.

Der Absatz 2, § 20 H.A.G. umreißt den Begriff „offenbar unzulängliche Entgelte“ wie folgt: „Als unzulängliche Entgelte sind Arbeitsvergütungen anzusehen, die den Heimarbeitern für bestimmte Arten von Heimarbeit unter Zugrundelegung einer normalen Arbeitszeit und einer vollwertigen und eingerichteten Arbeitskraft nicht den ortsüblichen Lohn zu erreichen ermöglichen oder die hinter denselben in anderen Bezirken mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen für die gleiche Arbeit gezahlten Löhnen zurückbleiben oder den in demselben Bezirk in Werkstatt und Betrieben gezahlten Löhnen für ähnliche Arbeit nachstehen.“

Damit sind den Fachausschüssen die Aufgaben umrissen gestellt und es ist auch gesagt, was als unzulängliche Entgelte zu betrachten ist. Auf der Grundlage des § 20 H.A.G. sollte es in der Praxis kaum vorkommen können, daß Fachausschüsse sich von ihren Aufgabepflichten teilweise verdrängen lassen durch fadenscheinige Anträge der Unternehmer und kaum fassbares Eingreifen der Errichtungsbehörde, wie wir es bei den zu behandelnden Fällen feststellen müssen.

In Südtüringen bestehen zwei Fachausschüsse. Der Fachausschuss für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie, Sitz Sonneberg, und der Fachausschuss für die Thüringer Glasindustrie, Sitz Neuhaus a. Rowg. Der Vorsitzende ist in beiden Fällen derselbe. Die Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden, die beiden Fachausschüssen unterstehen, sind des Lohnschutzes bedürftig. Darüber besteht bei Kennern der Industriegruppen, soweit sie nicht dem Unternehmerkreis angehören, keine unterschiedliche Auffassung. Haben wir es doch da mit den Gebieten der Elendindustrien zu tun. Andere Auffassung wird vertreten von den Unternehmern und sie haben vor dem Fachausschuss und der Thüringischen Regierung anscheinend ein williges Ohr gefunden.

In Sitzungen 1930 und 1931 bestritten die Unternehmervertreter zunächst, daß im Hausarbeitsbezirk Südtüringen „offenbar unzulängliche Entgelte“ bezahlt werden. Die Fachausschüsse sollen Feststellungen darüber machen. Anstatt, daß sich der Fachausschuss auf die Grundlagen und das Material zurückgezogen hätte, das zur Errichtung der Fachausschüsse für die Spielwaren- und Karnevalartikel sowie Glasindustrie geführt, wurde dem Antrag der Unternehmer stattgegeben. Eine Reihe von Verhandlungen vor den Fachausschüssen führen nicht zum Erfolg. Für Christbaumschmuckmacher, Balgmacher und Drucker entstanden so tariflose Zustände.

Am 11. November 1931 wurde vom Fachausschuss für die Glasindustrie in Thüringen nachstehender Beschluß gefaßt:

1. Der Fachausschuss beschließt zunächst auf das Ersuchen des Thüringischen Wirtschaftsministeriums in Weimar, Abs. 2, des Beschlusses vom 15. November 1930, Blatt

53 d. A. VI A III/31, Stellung zu nehmen, daß es unzulässig erscheint, dem Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, in Hannover, auf Festsetzung von Mindestentgelten vorher zu erledigen, weil in beiden Fällen im wesentlichen dieselben Vorfälle zu lösen sind.

2. Mit Rücksicht auf das Ergebnis der gemäß § 25, Abs. 2 H.A.G. erfolgten Abstimmungen der zwei Vertretergruppen wird kein Gutachten erstattet.
3. Nach dem Ergebnis der vorstehend erwähnten Abstimmung eines ins Einzelne gehenden Antrags des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Hannover und in Anbetracht der augenblicklichen bestehenden unübersichtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse ist der Fachausschuss der Meinung, daß die Frage, welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen sind, insbesondere ob auf Festsetzung von Mindestentgelten in der Form von Stück- oder Zeitentgelten hingearbeitet werden soll, zur Zeit nicht abschließend geurteilt werden kann. Weitere Entscheidung hierüber soll auf Antrag der Beteiligten bzw. nach Rückkunft der Akten vom Thür. Wirtschaftsministerium in Weimar getroffen werden.

gez. Dr. Venter. gez. Wittmann.

Und am 12. November 1931 wurde vom Fachausschuss für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie in Thüringen, Sitz Sonneberg, betreffend Stimmahertarif folgender Beschluß gefaßt:

1. Die Entschliessung über den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit wird zunächst ausgesetzt;
2. Es sollen vorerst Ermittlungen über die zur Zeit gezahlten Entgelte angestrebt werden. Das Gewerbeaufsichtsamt in Meiningen soll ersucht werden, die Ermittlungen jeden Monat vorzunehmen.

gez. Dr. Venter. gez. Wittmann.

Derselbe Fachausschuss hat am selben Tage für den Drückertarif nachstehenden Beschluß gefaßt:

1. Die Entschliessung über den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsgenehmigung wird zunächst ausgesetzt.
2. Es sollen vorerst Ermittlungen über die zur Zeit gezahlten Entgelte angestellt werden. Das Gewerbeaufsichtsamt in Meiningen soll ersucht werden, diese Ermittlungen binnen Monatsfrist vorzunehmen.
3. Den Parteien wird aufgeboten, binnen einem Monat zu erklären, welche Positionen des Tarifvertrages den wirklichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen.

Es ist zu prüfen, warum der Fachausschuss zu einer solchen nicht zu verstehenden Spruchpraxis kommt; denn diese Beschlüsse lassen Verschleppung vermuten. Es ist auch zu untersuchen an Hand des uns zur Verfügung stehenden Materials, inwieweit das Thür. Wirtschaftsministerium homöopathisch und damit arbeitserföndlich auf die Beschlüsse der Südtüringischen Fachausschüsse eingewirkt hat. Darüber in einer folgenden Abhandlung.

H. Efflein.

Verblödungsstelle der Nazis

Die bestehende politische Unsicherheit führt zu schweren Erschütterungen der wirtschaftlichen Verhältnisse, deren volle Lasten immer wieder dem schier zusammenbrechenden Proletariat auferlegt werden. Die breiten Massen rebellieren gegen ihre Ausbeuter, verlangen ihr spärliches Recht und stoßen vor gegen Reaktion und Unternehmervillkür. Hier aber stellen sich verkommenen Gestalten in den Weg; eine Hilfstruppe, die sich die Reaktion selbst gezüchtet hat, die Nationalsozialisten.

Die nationalsozialistischen Horden sind sich einig im Niederknüppeln der Arbeiterschaft. Andererseits wird aber versucht, an den einzelnen Mann heranzukommen, um den marxistischen Einfluß zurückzudämmen. Man versucht mit Mitteln und Mitteln, mit Lügen und Verleumdungen jenes Ziel zu erreichen, das der Hordenchef in München befohlen hat. Aber dennoch rennt man sich am festen marxistischen Bollwerk den Schädel ein, wie es sich die Arbeiterschaft, unabhängig von sämtlichen Einflüssen, in jahrelanger Aufbauarbeit selbst geschaffen hat.

Uns wird ein Flugblatt übersandt, das die nationalsozialistische Ortsgruppe in Groß-Kölzig (dieser Ort gehört zur Bezirkszahlstelle Weißwasser O.-L.) verteilen ließ. Auch unsere Kollegen sind an derartige Schreiben nicht uninteressiert; einmal um zu sehen, wie stark die faschistische Zumutung ist und andererseits, um die Methoden kennenzulernen und anzuprangern. Hier ist der genaue Wortlaut:

An die ortsansässigen Arbeiter Groß-Kölzig!
„Wir haben an die in Groß-Kölzig bestehenden Firmen die Bitte gerichtet, nur ortsansässige Arbeiter zu beschäftigen. Denn es liegt ja im eigenen Interesse dieser Firmen, mitzuhelfen, die Lasten der Gemeinde Groß-Kölzig zu verringern.“

Wir haben uns erboten, eine Liste von arbeitslosen Fach- bzw. Hilfsarbeitern diesen Firmen zuzustellen. Wir bitten alle Arbeiter, zur Vervollständigung der Listen Namen und Beschäftigungsart bei unserem Pg. Bartkowiak anzugeben.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir in der Wohnung des Pg. Bartkowiak eine Arbeiter-Beratungsstelle eingerichtet haben. Wir helfen kostenlos Gesuche, Arbeitslosen-anträge, Steuersachen usw. auszufüllen und haben in schwierigen Fällen Sachverständige sowie juristische Personen zur Hand.

Jeder Arbeiter wende sich vertrauensvoll an diese Stelle.“

Mit deutschem Gruß!
Nationalsozialistische Arbeiter-Beratungsstelle.

Weiter ist im Originalschreiben oben links unter dem Hakenkreuzlappen eine wichtige Erklärung angebracht, die wir den faschi-

stischen Mordhetzern am allerwenigsten zutraut hätten. Auch diese geben wir im genauen Wortlaut wieder:

„Wir kämpfen nicht gegen den Arbeiter, nicht gegen den Bergmann, der Tag für Tag zu schwerer Arbeit in den dunklen Schacht steigt, nicht gegen den Glasmacher, der in sommerlicher Hitze am heißen Ofen sein schweres Tagewerk vollbringt, nein, wir kämpfen für alle schaffenden Deutschen! Für Arbeit, Freiheit und Brot!“

Also nun wißt ihr's, „so kämpfen nicht gegen den Arbeiter“ und arbeiten „im eigenen Interesse der Unternehmer“ — so steht es ja wörtlich in diesem Schreiben. Gegen wen gekämpft wird, das wird wohlweislich verschwiegen. Die dummfrechen Anbiederungsversuche sind direkt haarsträubend. Den Firmen sollen Arbeiter vermittelt werden, die zu jedem Lohn arbeiten, die mit Bettelpfennigen zufrieden sind und auf die sich der Arbeitgeber auf alle Fälle verlassen kann. Das ist wirklicher Faschismus in Reinkultur.

Durch das Einstellen von ortsansässigen Arbeitern sollen die Lasten dieser einen Gemeinde verringert werden. Die Erwerbslosen der Nachbarorte, in denen keine Industrie besteht, können elend zugrunde gehen. Das ist eben eine echt faschistische Fürsorge; den einen läßt man fressen, den anderen verrecken! Die Anbiederungsversuche gehören zu dieser herüchtigten „Arbeiter-Partei“ genau so wie das Beil in die Hand des Henkers.

Als Verblödungskommissar wirkt der Glasarbeiter Willi Bartkowiak, ein in der Arbeiterbewegung völlig Unbekannter, der bei den Faschisten schnell Karriere machen will. Der Volksmund kennt bereits derartige Stillschützen und erledigt sie mit den Worten: Dumm, frech und gefräßig! Uebrigens, klingt denn der Name Bartkowiak nicht polnisch? Ach nee, „mit deutschem Gruß!“ Fein, was?

Faschistische Mordhetzer wollen Arbeiter-Berater sein? Mordhetzer können doch höchstens sachverständige Auskunft im Abkillen von klassenbewußten Arbeitern geben. Als juristische Personen können wir uns nur die Auwi, Goebels, Strasser und Konerden denken, die in die Welt posannen, daß sie bis an die Kniechen in Arbeiterblut waten wollen.

Bei genauer Durchsicht dieses Dokumentes kommen wir nur zu der einen Auffassung: ein dummfrecher Verblödungsversuch! Stellen wir dabei in Rechnung, daß die faschistischen Horden ja nur mit Lügen und Verleumdungen arbeiten, so ersieht daraus jeder Kollege, wohin der Weg des Faschismus führt. Die Arbeiterschaft soll mißbraucht werden, um einer verkommenen Faulenzergesellschaft wieder zur Herrschaft zu verhelfen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat sie sich vom Hals gewimmelt und hat kein Verlangen, unter einer faschistischen Knete zu parieren.



Lohnverhandlungen Gruppe VI (Flakonerie)

Die Arbeitgeber aller Zweige der Glasindustrie Bayerns versuchen mit ihrem Syndikus, auf Grund der vierten Notverordnung Neuregelung der Tarifverträge nur nach dem Schema F der Notverordnung vorzunehmen.

Auch in den Verhandlungen für die Flakonierglashütten Bayerns verlangte Herr Rechtsanwalt Vogel eine rein schematische Umrechnung der Löhne nach den Bestimmungen des § 2 Ziff. 2 und 3 der Notverordnung. Dies bedeutet, daß bei allen Akkordarbeitern ein Lohnabschlag von 15 Prozent eintreten sollte; der gleiche Prozentsatz sollte auch bei den Zeitlohnarbeitern verrechnet werden, soweit damit die Grenze vom Jahre 1927 nicht unterschritten wird. Als Begründung für die schroffe Anwendung der Notverordnung glaubte man anführen zu müssen, daß die bayerische Glasindustrie besonders wirtschaftlich hart von der Krise betroffen worden ist, und außerdem von der geplanten Verbilligungsaktion nach dem ersten Teil der Notverordnung kaum Vorteile haben dürfte. Die bayerische Glasindustrie verbraucht hauptsächlich tschechische Kohle, bei der eine Verbilligung nicht eintritt. Für Glas und trotz einer Frachtermäßigung nicht mehr ein, da hier die Reichsbahnsgesellschaft seit längerer Zeit den sogenannten „B-Tarif“ zur Berechnung bringt. Auch die Erleichterung im Zinsdienst wirkte sich nicht voll aus, so daß unbedingt durch die neuen einsetzenden neuen Preistärze für Glasartikel Erleichterung der Selbstkosten durch Lohnherabsetzung nach der Notverordnung erfolgen muß, wenn nicht sonst die gesamte bayerische Glasindustrie zum Erliegen kommen soll.

Die Vertreter der Arbeitnehmer haben wohl mit Recht darauf hingewiesen, daß sich die Herren Syndiki auf Grund der Notverordnung fast die gleichen diktatorischen Eigenschaften angeeignet haben, die eigentlich nur den Schleichtern nach § 4 der vorerwähnten gesetzlichen Verfügung zustehen. Wenn es nur darauf ankommt, reine Umrechnungen vorzunehmen, dann sind Verhandlungen überflüssig. Es muß doch zu mindesten beachtet werden, daß in der Notverordnung der Schleichter wie die Parteien den § 4 zu berücksichtigen haben und zu untersuchen ist, in welcher Form Änderungen des Lohn- oder Gehaltssystems resp. Arbeitssystems eingetreten sind. Auch in der deutschen Weißhohlglasindustrie sind solche

Änderungen vorhanden, die bei der Neuberechnung der Löhne beachtet werden müssen. Es erfordert auch die soziale Gerechtigkeit, daß die Tarifparteien untersuchen, inwieweit im Wege von Parteivereinbarungen Abweichungen von der Notverordnung möglich sind, ohne daß dabei den grundsätzlichen Vorschriften derselben widersprochen wird.

Die Verhältnisse in der Flakonerie Bayerns erfordern geradezu von den Tarifparteien die Verpflichtung, im Wege der Parteivereinbarung einen Abschluß herbeizuführen, zumal dafür richtunggebend der Tarifabschluß der Gr. I-V der deutschen Weißhohlglasindustrie ist. Man darf sich unter keinen Umständen gerade in Bayern auf das hohe Pferd setzen, da sonst in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges die Arbeiterschaft Gleiches mit Gleichem vergelten wird.

Nach 10-stündigen Beratungen konnten endlich die Arbeitgeber mit ihrem Syndikus davon überzeugt werden, daß für die Flakonerie der Gr. VI keine Extrawurst gebraten werden kann.

Der Keramische Bund kann unter keinen Umständen von der allgemeinen Regelung für die Weißhohlglasindustrie abweichen, da dies gegenüber der Gesamtindustrie wie auch der Kollegenschaft in der Gr. VI ein Unrecht bedeuten würde.

Es ist von den Parteien eine Vereinbarung unterzeichnet worden, in der eine generelle Lohnsenkung von 10,5 Proz. festgelegt worden ist. Soweit örtliche Streitfragen eine Rolle spielen, erfolgt darüber später Nachprüfung in den Betrieben.

Mit dem Abschluß möchten wir uns auf Grund der Zwangslage, in die wir durch die Notverordnung geraten sind, abfinden. Feststeht, daß diese erste Parteivereinbarung für die Glasindustrie in Bayern doch eine gewisse Erleichterung für die Beschäftigten in der Flakonerie gegenüber den schroffen Bestimmungen der Notverordnung bringt.

Wir wollen hoffen, daß im gleichen Ausmaß der Lohnsenkung die Preisabbau-Aktion vor sich geht, und wirtschaftlicher Aufstieg auch durch die bevorstehenden internationalen Verhandlungen eintritt, damit die Arbeiterschaft die Wunden der Notverordnung wieder beseltigen kann. M. K.

Rußland

In Gussj-Chrustalny ist die mechanisierte Glasfabrik genannt zu Ehren „Volodarski's“ in Betrieb gesetzt worden. Die Jahresproduktion dieser Fabrik ist auf 163 000 Kisten Glas veranschlagt.

Verzweiflungskampf im Glatzer Gebirge

Die Fabrikation von Kristall in der Grafenschaft Glatz ist nicht einheitlich und zeigt in ihrer ganzen Gestalt ein äußerst zerrüttetes Bild. Es gibt in diesem Bezirke nur 6 Glashütten, die sich mit der Herstellung des Rohglases beschäftigen, aber auch das Rohglas später weiter veredeln und als geschliffenes Kristall auf den Markt bringen. Diese 6 Glashütten verkaufen auch teilweise ihr Rohglas an eine größere Zahl Glasschleifereien, die dadurch ganz naturgemäß in große Abhängigkeit zu den Glashüttenbetrieben kommen. Solange die Glashütten ihr Rohglas nicht selbst allein weiter verarbeiten können, werden sie das Rohglas den kleineren Glasschleifereien willig verkaufen, aber der Verkauf wird eingeschränkt, oder fast ganz eingestellt, wenn die Glashütten in der Lage sind, ihr Rohglas selbst weiter verarbeiten zu können und Absatz für ihr Fabrikat finden.

Es ist ganz naturgemäß, daß die zahlreichen kleineren Glasschleifereien sich dadurch beeinträchtigt fühlen und den Wunsch hegen, aus dieser Zwischenstellung herauszukommen.

Für die Glashüttenbetriebe tritt ein erheblicher Vorteil dadurch ein, daß bei einheitlichem Vorgehen die Preise für Rohglas so gesteigert werden können, daß die Veredelungsbetriebe immer im Nachteil bleiben werden, denn die Glashüttenbetriebe haben es ja in der Hand, die Preise für das Rohglas, das sie an die kleineren Betriebe verkaufen, so festzusetzen, daß diesen das Leben äußerst erschwert wird. Die Veredelungsbetriebe fühlen sich dadurch in ihrer Existenz auf das äußerste bedroht und sprechen offen aus, daß sich die Glashüttenbetriebe zu den mächtigsten Wirtschaftsdiktatoren entwickelt haben.

Die Glasveredelungsbetriebe haben das Bestreben, von diesem Druck frei zu werden und verfolgen den Plan, sich eine eigene Glasfabrik zu errichten; sie erklären, daß zwei Wege für sie gangbar wären: 1. die Selbsthilfe, 2. die staatliche Subvention. Auf dem Wege der Selbsthilfe ist man bereits dazu übergegangen, eine Glasfabrik zu kaufen, und den zweiten Weg glaubt man mit Erfolg erreichen zu können, weil die Notlage weiter Kreise des Glatzer Gebirges, vornehmlich die Lage der Arbeiterschaft, äußerst tröstlos ist. Das Elend der Arbeiterschaft ist uns bekannt; wir sind unterrichtet, daß die Lebenslage aller Arbeiter einen Tief-

stand erreicht hat, der die schwersten Gefahren für die Lebenshaltung der Arbeiter und deren Familien in sich trägt und zu den allergrößten Bedenken Veranlassung gibt. Richtig ist, daß auch die Arbeiter den schnellsten Wunsch haben, die Regierung möge eingreifen, um der besonderen Notlage der Arbeiter zu steuern.

Es wäre zu begrüßen, wenn die Regierung sich bereitfinden würde, Subventionen zum Bau einer neuen Glasfabrik herzugeben oder die Mittel bereitzustellen, eine stillgelegte Glasfabrik in Betrieb zu nehmen. Die Glasschleifereien würden dadurch unabhängiger.

„Nobler“ Unternehmer

Die Firma Zivko Tvic pisar Belgrad Teravizigt fertigt Neonröhren an, hat aber äußerst mangelhafte Betriebsrichtungen. Im Oktober 1931 trat der Kollege Louis Möller bei der Firma in Arbeit, und nach einigen Tagen erfolgte im Betrieb eine Benzinexplosion, wobei der Kollege Möller so schwere Brandwunden erlitt, daß er wenige Tage später seinen Verletzungen erlag. Die Frau unseres Kollegen Möller hatte den Umzug noch nicht vollendet und befand sich mit ihrem Mobilar an ihrem bisherigen Wohnsitz in Wien. Da unser Kollege in Belgrad beerdigt wurde, ließ es sich seine Frau nicht nehmen, an der Beerdigung ihres Mannes teilzunehmen. Dadurch entstanden der Frau nicht unerhebliche Kosten, die für sie um so untraglicher waren, als der Ernährer der Familie vorher arbeitslos war.

Die Kollegenschaft wurde deshalb bei der Firma vorstellig, um der Frau eine Unterstützung zu geben, damit diese wenigstens ihre Reise bestreiten und über die schwersten Stunden hinwegkomme. Der „noble“ Unternehmer gab nicht nur eine ablehnende Antwort, sondern kleidete seine Worte noch in eine recht verletzende Art und erklärte, daß er genügend Arbeitskräfte bekommen könne. Tatsächlich hat die Firma zwei weitere Glasbläser als Ersatz für unseren verunglückten Kollegen gefunden, die für die Hälfte des Lohnes arbeiten, den unser Kollege Möller vereinbart hatte.

Die Organisation in Oesterreich, die unseren Kollegen Möller vermittelte, hat für diesen einen Lohn von 900 bis 1000 Dinar wöchentlich festgelegt, während die beiden neuen Glasbläser für 400 bis 500 Dinar in der Woche arbeiten. Bei diesem Hundelohn können unsere Kollegen nicht bestehen und sind bitterster Sorge ausgesetzt. Immer wieder brüstet sich die brutale Firma damit, daß sie Arbeitskräfte für den obengenannten Lohn in Deutschland erhalten könne und höhere Löhne nicht zu zahlen brauche.

Ueber diesen Vorgang haben wir bereits in der Nummer 45 des „Keramischen Bundes“ vom 1. November berichtet; aber trotzdem haben unsere Kollegen die Warnung nicht beachtet und haben bei der Firma Zivko Tvic pisar Belgrad Arbeit angenommen.

Wir warnen unsere Kollegen nochmals, und bitten dringend, die genannte Firma zu meiden!

Tschechoslowakische Glasindustrie

Auf der Dezembertagung der tschechoslowakischen Glasindustrie wurde vom Vorsitzenden die Lage in folgenden Worten gekennzeichnet:

Als ausgesprochenes Exportland, die mit 80 Prozent der Gesamtproduktion auf das Ausland angewiesen ist, wurden wir von der mangelhaften Zollschutzpolitik schwer betroffen. Die Zölle werden erhöht, die Einfuhr wird gesperrt, durch Kontingentierung beschränkt oder durch Devisenmaßnahmen unmöglich gemacht. Im Vorjahre haben wir unseren Export noch auf Milliardenhöhe erhalten (1154 Millionen), obwohl wir gegen 1929 fast um eine Viertelmilliarde weniger ausgeführt haben; 1931 ist — soweit es sich bisher überblicken läßt — unser Export gegen das Vorjahr um 150 Millionen und gegen 1929 um 400 Millionen zurückgegangen. Im Weltmarkt bleibt die Tschechoslowakei an zweiter Stelle, Deutschland hat auch heuer das Primat behauptet, und Belgien ist wieder an dritter Stelle. Auf Basis der letzten zehn Monate ist unser Export gesunken bei: Tafelglas um 15 Prozent, Spiegel- und Gubglas 23 Prozent, gewöhnlichen Flaschen 23 Prozent, gewöhnlichem Hohlglas 10 Prozent, raffiniertem Hohlglas um 34 Prozent. Wir verlieren unsere natürlichen Absatzgebiete: Oesterreich, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Polen und Deutschland. England ist bisher der größte Abnehmer tschechoslowakischen Glases. Wir exportierten nach England über 20 Prozent unserer Gesamtausfuhr. So wurden wir durch den Verfall des Pfundes schwer betroffen. Schließlich hat England ab 25. November 50 Prozent Wertzoll auf Haushaltsglas, Zierglas, inklusive Glas für Küchengebrauch, Tischglas, Flaschen und Tumblers gelegt. Spiegelglas wurde durch willkürliche Interpretation des Zolltarifs gleichfalls schwer betroffen.

Unsere Hüttenindustrie arbeitet heute durchschnittlich kaum mit der Hälfte ihrer Gesamtkapazität und die selbständigen Raffinerien im Gebiete von Buda, Steinschönau und Gablonz kaum mit einem Drittel ihrer normalen Produktion. Dieser kritische Stand wirkt sich natürlich auch in einer bedeutenden Beschäftigungslosigkeit aus. Die Hüttenindustrie hat an 30 000 Arbeiter beschäftigt, heute haben nur ungefähr 20 000 Arbeiter Beschäftigung, und die zum größten Teile nur in Kurzarbeit. Laut Statistik über den Arbeitsmarkt vom August, die von dem Ministerium für soziale Fürsorge nach den einzelnen Berufen und Branchen herausgegeben wird, herrscht in der Glasindustrie die größte Arbeitslosigkeit, dann es entfallen auf 1000 Beschäftigte 226 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit infolge der Hemmnissen durch die Währungsfragen in rapider Zunahme begriffen.

Die wärmetechnische Beratungsstelle hat sich in der verlassenen Arbeitsperiode neben den eingebürgerten Kontrollarbeiten betreffend Generatoren, Öfen, Kessel- und Maschinenanlagen auch eingehend mit der Frage der Verwendung elektrischen Stromes zum Schmelzen und Kühlen des Glases befaßt. Es finden in den nächsten Monaten Großversuche statt. Unsere Glasindustrie ist

bisher die erste, die sich mit der, einer technischen Umwälzung gleichkommenden elektrischen Glasschmelze systematisch und eingehend befaßt. Eine besondere Hilfe für die Lösung vieler noch offener Fragen der Vergasungsanlage der neu errichteten Versuchsglashütte des glastechnischen Instituts in Königgrätz bieten



Die Silikose bei Steingutarbeitern

Das Verzeichnis über entschädigungspflichtige Berufskrankheiten der zweiten Verordnung über Ansehung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 weist unter der laufenden Nummer 16 einen Mangel auf, der eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Kollegen in der Steingutindustrie bedeutet. Das ist nicht nur von uns schon längst erkannt, auch Wissenschaftler haben sich des öfteren damit beschäftigt. Im „Keramischen Bund“ ist schon einige Male erläutert worden, warum Steingutbetriebe nicht in Spalte III des Verzeichnisses aufgenommen worden sind. Es lägen zur Zeit des Erlasses der Verordnung noch keine einwandfreien Untersuchungsergebnisse an Steingutarbeitern vor. Dieser Mangel ist inzwischen behoben. Eine ganze Anzahl Wissenschaftler, darunter die Herren Prof. Dr. Thiele, Dresden, Landesgewerbeamt für Sachsen; Prof. Dr. Tolsky, Landesgewerbeamt in Düsseldorf; Frau Gewerbedirektorin Dr. Rosenthal-Denzen in Magdeburg; die Herren Stadt-Oberrat Prof. Dr. Rostowski, und Prof. Dr. Seuge, Dresden, und noch andere Herren haben durch Untersuchungen an Steingutarbeitern festgestellt, daß diese ebenso staubgefährdet sind wie die Porzellanarbeiter.

Herr Dr. Flatzock-Hofbauer, Selb, kommt in einem Artikel in Nr. 5/1931 des „Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ zu dem Schluß, daß die Entschädigungspflicht bei schweren Staubbungs-erkrankungen nicht von der Tätigkeit in bestimmten Betrieben abhängig sein darf, sondern daß gleichgültig, wo die Erkrankung erworben wurde, die Entschädigung gewährt werden müsse.

Herr Prof. Dr. Thiele hat die Freundlichkeit über das Ergebnis seiner Untersuchungen an sächsischen Steingutarbeitern vor den Funktionären der Zahlstelle Meißen unseres Verbandes zu sprechen. Der Bericht darüber ist zu finden in Nr. 28 unserer Zeitung vom 12. Juli 1930.

In Nr. 35 des „Reichsarbeitsblattes“ 1931 und in Nr. 12 des „Arbeitsschutz“, Sonderausgabe des Reichsarbeitsblattes 1931 berichten die Herren Rostowski und Seuge, Dresden, über die Erfahrungen, die sie bei Untersuchungen von Steingutarbeitern gemacht haben. Die Untersuchungen erstreckten sich auf ca. 50 Stein-

gutarbeiter der Firma Villoroy u. Bach, Dresden. Es handelt sich durchweg um schon längere Zeit beschäftigte Arbeiter.

Sie befanden sich im

Lebensalter:	Berufsalter:
31—35 Jahre ... 2	15 Jahre ... 1
36—40 Jahre ... 6	16—20 Jahre ... 8
41—45 Jahre ... 6	21—25 Jahre ... 7
46—50 Jahre ... 11	26—30 Jahre ... 7
51—55 Jahre ... 11	31—35 Jahre ... 8
56—60 Jahre ... 10	36—40 Jahre ... 6
61—65 Jahre ... 9	41—45 Jahre ... 6
	46—50 Jahre ... 7

Von den Untersuchten waren 25 Dreher, 3 Plattenschläger, 3 Massenschläger, 5 Formengießer, 9 Gießer, 2 Garnierer, 2 Glasurer und 1 Brennhausarbeiter. In der Anamnese (Entwicklungsgeschichte) war zwölfmal Tuberkulosebelastung festgestellt. Lungenentzündungen, Rippenfellentzündungen, Bronchial- und Lungenkatarrhe hatten gleichfalls eine Anzahl der Untersuchten durchzumachen.

Die röntgenologisch feststellbaren Lungenveränderungen ergaben, dabei interessiert vor allem die Pneumonokoniose (Staublunge), folgendes Bild:

Pneumonokoniose Form I ...	9
" " " II ...	7
" " " III ...	5
" " " IV ...	8
" " " V ...	2

Der Begriff Form ist zu verstehen wie Grad der Erkrankung, analog der Gutachten, die zur Beurteilung für Oberversicherungs- und Reichsversicherungsamt durch die ärztlichen Gutachter erstattet werden.

In zwei Fällen wurden neben Staubauch Tuberkuloseherde sicher festgestellt. In 66 von hundert Fällen war nach Auffassung der beiden Herren eine sichere Staublunge festzustellen, während in 20 Prozent der Fälle gleichzeitig oder allein Tuberkulose angenommen wurde. Das Ergebnis der Untersuchungen ist nach Meinung der untersuchenden Herren besonders darauf zurückzuführen, daß vorwiegend ältere, schon längere Zeit beschäftigte Arbeiter untersucht worden sind.

In dem Artikel werden an der Hand von drei reproduzierten Röntgenbildern drei Fälle besonders eingehend besprochen. Den interessierten Kollegen ist zu raten, sich die bezeich-

nete Nummer des „Arbeitsschutz“ zu beschaffen.

Die Verfasser des Artikels kommen zu folgender, für die Steingutarbeiter bemerkenswerten Zusammenfassung ihrer Untersuchungsergebnisse:

„Es wird über die Ergebnisse der eingehenden klinisch-röntgenologischen Untersuchungen an 50 älteren Steingutarbeitern berichtet. Aus den Anamnesen sind die Häufigkeit tuberkulöser Belastung, die Neigung zu katarrhalischen Erkrankungen, die vielfachen Klagen über oft schon jahrelang bestehenden Husten, Auswurf und Atembeschwerden, die häufig starken Schweiß, namentlich bei der Arbeit, und die zahlreichen rheumatischen Erscheinungen hervorzuheben. Die objektive Untersuchung ergab in etwa der Hälfte der Fälle Spitzenverkrümmungen, welche allerdings zum Teil auf gleichzeitig bestehende Skoliosen zu beziehen waren. Ausgedehnte Dämpfungen waren selten (2 Fälle). Etwa ein Drittel der Arbeiter zeigte schlecht verschiedene Lungengrenzen, teils durch Emphysem, teils durch pleuritische Residuen bedingt; in gleicher Häufigkeit ergaben sich katarrhalische Erscheinungen über den Lungen, allerdings zu meist nur leichteren Grades. Die Herztöne waren oft leise; im Urin war mehrfach etwas vermehrter Urobilinogehalt festzustellen. Etwa ein Fünftel der Untersuchten litt an Krampfadern, ungefähr ein Drittel an Plattfüßen. In 66 v. H. der Beobachtungen ließen sich röntgenologisch einwandfrei die Symptome der Pneumonokoniose nachweisen; das Bild der „Schrottkornlunge“ fehlte, man sah zumeist nur weiche Fieckenshatten oder mehr flächige Schattengebilde; besonders ausgesprochen waren Netz- und Wabenstrukturen sowie besonders stark hervortretende streifig-strangförmige Produkte. Gleichzeitige oder vorwiegende tuberkulöse Veränderungen wurden bei etwa ein Fünftel der Untersuchten nach dem Röntgenbild angenommen; es handelte sich jedoch ganz überwiegend um inaktive Prozesse. Die Untersuchungen geben ein zu ungünstiges Bild des Gesundheitszustandes der Berufsgruppe der Steingutarbeiter, da nur die schon lange Berufstätigen (15 bis 50 Arbeitsjahre) untersucht wurden; es kam darauf an, festzustellen, welcher Art die Berufsschäden sind und in welcher Schwere sie überhaupt zur Ausbildung kommen können.“

Vom ärztlichen Standpunkt ist die Ausdehnung der Entschädigungspflicht auch auf die Steingutarbeiter zu befristeten; es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der Ent-

schädigungsfälle geringer sein wird als bei den unseres Erachtens stärker gefährdeten Sandsteinarbeitern.

Nach den seither vorliegenden und in Zukunft sicher noch erfolgenden wissenschaftlichen Feststellungen über die Staublungengefährdung der Steingutarbeiter muß verlangt werden, daß auch diese Arbeiterkategorie der Verordnung unterstellt werden muß.

Die Zentralbranchenleitung Feinkeramik.

Gräfenroda (Ohrdruf)

Die Bezirkszahlstelle Gräfenroda liegt in einer „revolutionären“ Gegend. Besonders Ohrdruf war einst durch seine radikalen Vorstöße berühmt. Die Zeiten sind inzwischen anders und so manche „Revolutionäre“ müde und teilnahmslos geworden oder wechselten die Abzeichen.

In den Terrakottabetrieben ist das Arbeitsverhältnis ziemlich

mies. Auch dort hat die RGO, versucht, die Kollegen dem Verband abwendig zu machen. Aber wenn man goglaubt hat, daß diese Leute nun mit fliegenden Fahnen zur RGO übergingen, so hat man sich getäuscht.

In Terrakottabetrieb Eckardt und Mentz Gräfenroda, wo 17 Kollegen bei uns organisiert waren, die mit dem Betriebsratsvorsitzenden dann auf dessen Anraten austraten, sind ganze vier Kollegen zur RGO gegangen.

Bel C. & E. Carstens, Gräfenroda, wo man immer behauptet, daß dort die RGO sehr stark sei, hat man sich aber, trotz der großen revolutionären Gesinnung, nicht abhalten lassen, in den letzten Wochen recht viel Überstunden zu schieben.

Otto Kühnlitz gestorben

Unser Kollege und langjähriges Verwaltungsmittglied Otto Kühnlitz ist am 22. Dezember 1931 von seinem kurzen, aber schweren Leiden durch den unerbittlichen Tod erlöst worden.

Der Kollege Otto Kühnlitz mußte schon in seinen Kinderjahren das Proletarierlos kennenlernen. In seinem Geburtsort Siegmundburg (Thüringer Wald) war die Kinderarbeit sehr verbreitet, und auch K. blieb nicht verschont.

Nach der Schulentlassung ergriff unser Kollege Kühnlitz den Porzellanerberuf und lernte fünf Jahre als Brenner. Mit Beendigung der Lehrzeit und kaum 19 Jahre alt, trat

er dem Verband der Porzellanarbeiter als Mitglied bei; das war, unter den damaligen Verhältnissen auf dem Thüringer Wald eine großzügige Tat. Er wurde entlassen, mußte wandern, und nicht selten kehrten Not, Elend und Kummer in seiner Familie ein.

In Gotha führte der Kollege Kühnlitz lange Jahre die Geschäfte der Porzellanarbeiterzahlstelle; unter seiner Führung waren die Porzelliner ein stets wachsameres Völkchen. Mit einer gewissen Achtung wurde die Porzellanarbeiterbewegung betrachtet, und nicht zuletzt die Ausdauer im Kampfe gegen Unternehmervillkür — es sei nur an die Aussparung der Firma Fr. Pfeiffer erinnert — anerkannt.

So wirkte auch der Kollege Kühnlitz bei dem Zusammenschluß der Porzellanarbeiter mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands kräftig mit, um eine erhöhte Schlagkraft der Organisationen zu bewirken.

Am 24. Dezember haben seine Familienangehörigen, Freunde und Verbandskollegen, nachdem ihm die letzten Grüße gewidmet waren, von ihm Abschied genommen; er wurde wunschgemäß der Flamme übergeben.

Wir werden unserem Freund Otto Kühnlitz stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Bei Lohnaufbroschüren beachten!

In einem Teil der kürzlich versandten roten Lohnaufbroschüren machte der Druckfehler den „gültig ab 1. Januar 1932“ irrtümlich 1933. Diese Jahreszahl ist falsch. Es muß also richtig heißen „gültig ab 1. Januar 1932“.



Lohnkosten in der Wand- und Bodenplatten-Industrie

Der Lohnanteil an den Gesteungskosten ist zu hoch. Nur durch weitere Lohnsenkung ist es möglich, die Selbstkosten zu vermindern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. So lautet die Parole der Unternehmer, und die Nazis und Werkvereiner als getreue Fridoline der Kapitalisten plappern es getreulich nach.

Bei allen Lohnverhandlungen, wobei sich die Unternehmer derselben Argumente bedienen, lehnt man jedoch ab, Beweise und Unterlagen über den Anteil der Löhne an den Gesteungskosten vorzulegen. Solange das Unternehmertum auf diesem Standpunkt verharrt, muß es sich gefallen lassen, daß die Arbeiterschaft die Angaben über den Lohnanteil bestreitet und den Vorwurf erhebt, daß das Unternehmertum nur aus machtpolitischen Gründen eine Lohnsenkung durchführt.

Die Wandplatten-Industriellen führen zur Begründung ihrer Lohnaufbroschüren neuerdings die englische Zollgesetzgebung und die Pfundentwertung sowie die Währungsverschlechterungen in den übrigen Absatzländern an. Zur Beurteilung dieser Argumente ist es aber wichtig, die Höhe des Lohnanteils und der Soziallasten an den Gesteungskosten zu wissen.

Erhebungen des Enquete-Ausschusses bei drei Firmen für das Jahr 1928:

Table with 2 columns: Item and Percentage. Includes Roh- und Hilfsstoffe (19.7%), Kraft und Brennstoffe (9.2%), Löhne und Gehälter, einschließlich Soziallasten (31.6%), Davon: Löhne ohne Soziallasten (24.9%), Gehälter ohne Soziallasten (4.7%), Soziallasten insgesamt (2.0%), Steuern (7.9%), Kapitalkosten (0.9%), Allgemeine Handlungs- und Betriebsunkosten (30.7%).

Hiernach beträgt der Lohnanteil ohne Gehälter und Soziallasten 24,9 Proz. Die gesamten Soziallasten betragen 3 Proz. Die Unternehmerpresse hat jahrelang behauptet, auch haben die Unternehmervertreter in vielen Berichten und Eingaben an die Regierung und sonstigen behördlichen Stellen gesagt, daß die gesamten Soziallasten an den Gesteungskosten der industriellen Produktion 7, 10, 15 Proz. und darüber betragen.

Nach einer Mitteilung des Verbandes Deutscher Wandplatten-Fabriken, gerichtet an den Enquete-Ausschuß, stellen sich die einzelnen Positionen bei den Gesteungskosten für das Jahr 1927 wie folgt:

Table with 2 columns: Item and Percentage. Includes Rohstoffe (13%), Kapseln (5%), Glasuren (6%), Kohlen (11%), Löhne (26%), Gehälter (27%), Betriebsunkosten (12%), Total (100%).

Auffällig ist bei dieser Aufstellung der hohe Gehaltsanteil. Er beträgt 27 Proz. gegenüber 26 Proz. bei den Löhnen. Beim Lesen dieser Zahlen wird man an die vor einiger Zeit durch die Presse gehende Mitteilung erinnert, daß in einer Zuckerrabrik im Magdeburger Gebiet zwei Direktoren mehr an Gehalt bekommen, als die 300 Mann starke Belegschaft des Werkes.

können, darf man vor den hohen Gehaltsätzen nicht haltmachen. Wir wollen in diesem Zusammenhang keine Zahlen nennen, aber Einkommen von 100 000 RM bis über eine halbe Million müssen aufreizend wirken.

Vom Mosaikplatten-Verband werden folgende Angaben über die einzelnen Anteile an den Gesteungskosten gemacht:

Table with 2 columns: Item and Percentage. Includes Rohstoffe (18%), Sonstige Hilfsstoffe (3%), Brennstoffe (14%), Löhne (42%), Gehälter (6%), Sonstige Unkosten (17%).

Wir haben diese Aufstellung mit aufgeführt, damit uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, die Statistiken mit hohem Lohnanteil nicht mit in Betracht gezogen zu haben. Der Lohnanteil beträgt nach diesen Angaben 42 Prozent. Woraus sich dieser hohe Prozentsatz ergibt, ist nicht berichtet worden, ist uns auch nicht recht ersichtlich.

Die angeführten Zahlen beziehen sich auf Erhebungen, die in den Jahren 1927, 1928, 1929 und 1930 gemacht wurden, also auf Jahre, wo die technische Umstellung, insbesondere der Übergang von der Hand- zur mechanischen Presse und der Einbau von Tunnelöfen noch nicht in dem Umfange wie 1931 durchgeführt war.

Nach von uns gemachten Erhebungen für das Jahr 1929 ging der Lohnanteil an den Gesamtgesteungskosten nicht über 23 Proz. hinaus, wobei wir natürlich bemerken müssen, daß uns die eingehenden Berechnungen, die den Unternehmern zur Verfügung stehen, nicht vorlagen. Unsere Erhebungen können also Anspruch auf Vollständigkeit und Genauigkeit nicht haben.

Bei nächstehendem gehen wir aus von einem Lohnanteil in Höhe von 26 Proz. Dazu glauben wir uns berechtigt, weil der Enquete-Ausschuß einen Satz von 24,9 Proz. ohne Soziallasten und der Wandplatten-Verband 26 Proz. angegeben hat. Betrachten wir uns diesen Anteil in Beziehung auf die Forderungen der Arbeitgeber, durch Lohnsenkung die Exportverschlechterungen, die eingetreten sind durch die englische Zollgesetzgebung, die Pfundabwertung und die Valutaverschlechterungen in den übrigen Absatzländern, auszugleichen.

tigen Wertzolls ergibt sich beim Export von Wandplatten nach England folgende Rechnung: Bei einem Preis von 100 stellt sich der Preis der Platte nach Erhebung von 50 Proz. Wertzoll auf 150. Will man diesen Wertzoll ausgleichen, den Einfuhrwert der Platte also wieder auf 100 stellen, muß man den Preis so ermäßigen, daß man nach Aufschlag von 50 Proz. Zoll wieder auf 100 kommt.

Der Lohnanteil hat also nicht die überragende Bedeutung, wie es von den Unternehmern darzustellen beliebt wird. Die Unternehmer gehen bei ihren Regierungen auf Lohnabbau aber nur vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus, und deswegen beträftigt der Lohnanteil in den Plattenwerken betriebswirtschaftlich nur 26 Proz. Allgemein gesagt kann er auch nur, abgestellt auf den Einzelbetrieb, berechnet werden.

Volkswirtschaftlich muß der Lohnabbau zu weiterer Kaufkraftschumpfung führen, und die Unternehmer haben durch Absatzmangel, die Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit die Folgen zu tragen. Im Interesse der Volksgesamtheit muß die Arbeiterschaft sich mit allen Mitteln gegen die weitere Schmälerung ihres Einkommens wehren.

Krise im Baugewerbe

Der Deutsche Bauwerksbund hat eine Denkschrift herausgebracht, die ein erschütterndes Bild von der Krise am Baumarkt gibt. An Hand der Arbeitslosenstatistik wird dargetan, daß die durchschnittliche Beschäftigung der Bauarbeiter von 1928 bis 1931 in ununterbrochenem Abstieg von 244 auf 94 Tage zurückgegangen ist.

Der Baugewerksbund führt den Nachweis, daß diese beispiellose Katastrophe eine Folge der öffentlichen Baupolitik ist. Schon im Jahre 1930 war die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse im wesentlichen auf die zunehmende Zurückhaltung zurückzuführen, die sich die öffentliche Verwaltung in der Förderung von Bauaufträgen und in der Förderung des Wohnungsbaus auferlegte.

Der Baugewerksbund beweist, daß diese Arbeitsverhältnisse ausging und in sich außerordentlich widerspruchsvoll war. Wohl war die Senkung der Realsteuern dazu angehen, die Steuerlast zu vermindern, aber es war unmöglich, die Einnahmen der öffentlichen Verwaltung herabzusetzen, ohne die Aufträge an die Industrie gleichzeitig zu kürzen.

Wirtschaftszepter der Nazis

„Wir müssen uns das Kapital, das heute fehlt, in harter Arbeit wieder schaffen. Mehr arbeiten und weniger verbrauchen!“ Nationalsozialist Otto Renz im „Völkischen Beobachter“ vom 31. Juli 1931 unter der Überschrift „Der Weg aus der Krise“.

Die Lage der Arbeiterbank

Die Gegner der Gewerkschaften aller Schattierungen bemühen sich seit Monaten, nachdem sie gesehen haben, daß der unmittelbare Kampf gegen die Gewerkschaften den erwarteten vollen Erfolg nicht erbrachte, uns Abbruch zu tun, indem sie das Vertrauen in das Geldinstitut unserer Bewegung, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., zu erschüttern suchen. Mit allen möglichen törichten Mitteln versucht man, Stimmung gegen die Bank zu machen. In einem Teil der Presse werden in geringen Zeitabständen Behauptungen über die Verhältnisse und den Stand unserer Arbeiterbank verbreitet, deren Charakter und Inhalt eine auffallend weitgehende Verwandtschaft aufweist, obwohl sich die Pressefront, der wir uns gegenüber sehen, aus ebenso weitgehend verschiedenen Elementen zusammensetzt.

Die Tatsache jedoch, daß sich neuerdings die Sozialistische Wochenzeitung der SAP, Deutschland (Nr. 17 vom 23. Dezember) mit einem Artikel unter der Überschrift „Die Arbeiterbank gefährdet“ jener oben gekennzeichneten Pressefront zugesellt hat, hat uns die Anregung gegeben, einige genauere Mitteilungen zu machen.

Wenn die Wochenzeitung behauptet, daß der Leiter der Arbeiterbank, Bachem, den Standpunkt vertreten habe und vertritt, daß die Einlagen des Institutes nicht fest genug angelegt werden könnten, so stellt das Blatt den tatsächlichen Sachverhalt völlig auf den Kopf. Im Gegenteil hat die Direktion der Arbeiterbank das allergrößte Gewicht darauf gelegt, die dem Bankinstitut zur Verfügung stehenden Mittel so zu verwenden, daß eine möglichst große Liquidität gewährleistet war. Schon der Vergleich der wiederholten öffentlichen Darlegungen des Leiters der Arbeiterbank, Bachem, so in der Zeitschrift „Die Arbeit“, 1928, Heft 8, ist geeignet, die Unrichtigkeit der Behauptungen darzutun. Gerade aber auch die schon eingangs erwähnte Tatsache, daß es der Arbeiterbank in den Krisentagen des Juli 1931 möglich war, allen Ansprüchen ihrer Einleger gerecht zu werden, beweist, daß die Leitung der Arbeiterbank den Grundsatz der Liquidität nicht nur in der Theorie vertreten, sondern auch in der Praxis verwirklicht hat.

Uns liegt die seitens der Arbeiterbank der Reichsbank eingereichte Zwischenbilanz vom 30. November 1931 vor. Daraus ergibt sich, daß der Gesamteinlagenbestand des Institutes an diesem Tage 139 333 000 RM betrug. Demgegenüber waren an flüssigen Mitteln vorhanden:

rund 700 000 RM Kasse,
rund 600 000 RM Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, also vor allen Dingen bei der Reichsbank,
rund 2 1/2 Mill. RM Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen,
rund 40 1/2 Mill. RM Guthaben bei Banken und Bankfirmen,
rund 1 1/2 Mill. RM eigene Wertpapiere.

Mit der Angabe insbesondere der letzt-erwähnten Zahl ist auch schon die Legende vernichtet, die die Sozialistische Wochenzeitung aufzubringen versucht, indem sie behauptet, Bachem habe die Depositengelder vor allen Dingen in Pfandbriefen festgelegt. An eigenen Wertpapieren besitzt die Bank insgesamt knapp 9 v. H. ihrer Bilanzsumme, die rund 157 Millionen Reichsmark beträgt; Pfandbriefe und sonstige festverzinsliche Wertpapiere etwa 1/2 bis 1/3, also im Höchstfalle 6 v. H. aus.

Alle Kombinationen des Blattes nach dieser Richtung hin fallen also in sich selbst zusammen. Auch die Behauptung der Beteiligung an einer ganzen Reihe von

Unternehmungen ist ohne weiteres aus den Zahlen der erwähnten Zwischenbilanz zu widerlegen. Beteiligungen figurieren dort mit 4 1/2 Millionen Reichsmark, also mit knapp 3 v. H. der Bilanzsumme.

Infolge ihres guten und in sich gefestigten Standes hat es die Arbeiterbank im Gegensatz zu mancher anderen Bank auch in diesen krisenhaften Zeiten nicht nötig gehabt, irgendwelche Hilfe von anderen Instituten in Anspruch zu nehmen. Dies bezieht sich ebenso auf Institute des Reiches und der Länder wie auch auf private Institute. Insbesondere ist es völlig aus den Fingern gezogen, daß irgendeine Verbindung zwischen der Arbeiterbank und der Garantie- und Akzeptbank bestände. Eine solche Verbindung besteht auch nicht seitens irgendeiner mit der Arbeiterbank in Beziehung stehenden anderen Stelle. Und ebenso wenig hat die Arbeiterbank irgendwelche besonderen Kredite oder Hilfeleistungen von der Reichsbank in Anspruch genommen.

Kann man somit ohne weiteres feststellen, daß die Gesamtsituation der Arbeiterbank durchaus solide und in sich vollkommen gefestigt ist, so ergibt sich daraus zugleich die Unsinnigkeit der Behauptung, innerhalb des Aufsichtsrates der Arbeiterbank sei eine Diskussion über das Verschulden an der gegenwärtigen Situation des Institutes im Gange. Wir können ausdrücklich feststellen, daß der Aufsichtsrat keinerlei Veranlassung hatte, sich mit dieser oder ähnlichen Fragen irgendwie zu befassen, und daß insbesondere der Kollege Oswald Schumann, dessen Stellungnahme in der Sozialistischen Wochenzeitung besonders erwähnt wird, im völligen Einvernehmen mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sowie der Direktion die Geschäftspolitik der Arbeiterbank billigt und in der Beurteilung ihrer Lage mit den leitenden Organen der Bank restlos übereinstimmt.

Völlig den Tatsachen widersprechend sind auch die Ausführungen der Wochenzeitung über die Geschäftsbeziehung zwischen der Arbeiterbank und der Bankfirma Bett, Simon & Co. Ueber diese Verbindung und ihre Ausdehnung besteht und bestand innerhalb der gesamten Verwaltung, Aufsichtsrat und Direktion, niemals die leiseste Meinungsverschiedenheit. Im übrigen spielt diese Verbindung innerhalb des Gesamtrahmens der Arbeiterbank eine außerordentlich geringe Rolle, wie sich allein schon daraus ergibt, daß die Guthaben der Arbeiterbank bei diesem Bankhaus noch nicht 0,15 v. H. der Guthaben bei Banken überhaupt ausmacht.

Hält man sich alles das vor Augen, so wird man zu der Feststellung kommen müssen, daß die von der Wochenzeitung aufgestellten Behauptungen insgesamt wie in allen Einzelheiten jeglicher Begründung entbehren. Was man mit der Miene des Wissenden der Öffentlichkeit übergab, erweist sich Stück um Stück als Legende. Und welches immer die Motive gewesen sein mögen, die das Blatt leiteten, als es seinen Artikel über die Arbeiterbank veröffentlichte, — die Wirkung war die Gefährdung des Ansehens wie des materiellen Kredites des Geldinstituts der Arbeiterbewegung. Es fällt diesem Tatbestande gegenüber schwer, den Gedanken an einen böswilligen Versuch der Herabsetzung des Finanzinstituts der Gewerkschaften von sich zu weisen. Aber der Vorwurf eines äußerst leichtfertigen Umganges mit den Mitteln und der Verantwortung der Presse muß gegen die Wochenzeitung erhoben werden — und das in einem Falle, in dem schwerwiegende Interessen der deutschen Arbeiterbewegung in Frage kommen.

Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung im Saargebiet

Bank- und Industriekonzerne krachen. Goldwährungen werden außer Kraft gesetzt, Diskont- und Zinssätze werden ins Unermessliche erhöht, die Diplomaten und Regierungsvertreter sind in fieberhafter Tätigkeit und stets auf Reisen. Betriebe werden stillgelegt, Entlassung auf Entlassung erfolgt. Feierschichten in höchstem Maße sind an der Tagesordnung, die Arbeitslosenziffer steigt von Tag zu Tag. Wirtschaftskonferenzen lösen einander ab. Die Finanzmagazinen kommen zu Beratungen zusammen, um Wege zur Festigung der Länderwährungen zu suchen. Eine Welt von Sorgen und Nöten, wie sie die Geschichte nicht kennt. Hunger und Elend sind der tägliche Gast des größten Teils der Arbeiter. Die Schwächung der Kaufkraft und Steigerung der Produktionskapazität in gewaltigem Maße bilden die zwei Faktoren, die die Not und das Elend der Fabrikarbeiter mit veranlassen.

Hierzu nur einige Beispiele. Bleiben wir im Saargebiet, und betrachten wir uns dort die Entwicklung in den einzelnen Fabrikbetrieben, so ergibt sich ein erschütterndes Bild.

Tafelglasindustrie.

In diesem Industriezweig waren beschäftigt im Jahre 1913 in 7 Betrieben 1715 Arbeiter. Diese 1715 Arbeiter stellten in genanntem Jahr 3 967 000 qm Glas her. Im Jahre 1930 gab es noch zwei Betriebe mit 51 Arbeitern. Diese erzeugten im Jahre 1930 mit der Maschine 4 333 700 qm Glas. Einer Verminderung der Belegschaft 1930 gegenüber dem Jahre 1913 um 1044 Personen steht eine Erhöhung der Produktion um 366 905 qm Glas gegenüber. Der Tafelglasarbeiter, der im Jahre 1913 bei der Handarbeit, je nach dem Platz, auf welchem er beschäftigt war, 1600 bis 1800 Frank, ja sogar bis 2000 Frank verdiente, muß heute an der Maschine froh sein, wenn er noch 1000 Frank verdient. Auf der einen Seite

also gewaltiges Steigen der Produktion und der dadurch bedingten erhöhten Einnahme des Werkes, auf der anderen Seite gewaltige Kostensenkung durch starke Einschränkung der Belegschaftsziffer und der Löhne. Von der Flaschenindustrie wollen wir uns die Veröffentlichung von Zahlenmaterial ersparen. Nur soviel sei gesagt, von den im Jahre 1913 vorhanden gewesen Betrieben mit 1127 Arbeitern ist heute keiner mehr im Betrieb, so daß alle diese ehemaligen Flaschenarbeiter, sofern sie nicht sonst einen neuen Erwerb gefunden haben, sich im Heer der Arbeitslosen befinden. In der Weißhohlglas- und Preßglasindustrie finden wir im Jahre 1913 zwei Betriebe vor. Dieselben beschäftigten 1175 Arbeiter und verarbeiteten 3 608 000 kg Glas. Im Jahre 1930 sind gleichfalls noch zwei Betriebe vorhanden gewesen mit einer Beschäftigungsziffer von 1261 Arbeitern. In diesem Jahre finden wir aber nicht mehr eine Verarbeitung von nur 3 608 000 kg, sondern eine von 7 197 000 kg Glas. Einer Mehrbeschäftigung von 86 Arbeitern steht eine Mehrverarbeitung von Glas von 3 589 000 kg gegenüber.

Wandern wir nun noch kurz durch die Glasindustrie allgemein. In der Lautenthalhütte ruht seit 19. März 1931 der Betrieb. Wegen Ofenreparatur wurde er stillgelegt, und wegen Absatzmangel kann er nun nach der Reparatur angeblich nicht wieder eröffnet werden. Vor kurzer Zeit ging jedoch das Gerücht, daß Aufträge in Aussicht ständen und die Wiedereröffnung des Betriebes zu erwarten sei. Eine frohe Botschaft für die Belegschaft, die aber bald wieder getrübt wurde, denn die Annahme der Aufträge soll nur durch die gedrückte Preislage möglich sein, wenn auch die Gestehungskosten eine Senkung erfahren. Bekanntlich reicht das Kalkulationsvermögen der Arbeitgeberseite nicht weiter als bis an die Löhne, und diese bedingte, daß man der Arbeitnehmerseite die Forderung auf Herab-

setzung der bis zum 19. März 1931 bezahlten Lohnsätze um 15 bis 20 Proz. unterbreite. 10 bis 15 Proz., je nach den einzelnen Gruppen, hat die Arbeiterschaft zugestanden. Ein weitgehendes Zugeständnis, zumal wenn man bedenkt, daß hierdurch die Lohnsätze der übergroßen Zahl der Arbeiter auf den Stand von 3,50 Frank bis 4 Frank herabgedrückt worden. Von der Wiederinbetriebnahme des Werkes hört man augenblicklich nichts mehr. Ein Sprichwort sagt: Bei dem Essen kommt erst der Appetit. Ob das auch hier zutrifft?

Jahrelang bildete die Weißhohlglashütte Fenne das Schmerzenskind unserer Bewegung. Ein tarifloser Zustand hatte unbeschreibliche Verhältnisse geschaffen. Damit ist es im Laufe dieses Jahres etwas besser geworden. Wir kamen wieder zu einer Vereinbarung, die wohl nicht als Tarifvertrag angesehen werden kann, aber immerhin den Weg zum Abschluß eines solchen für die Zukunft freigemacht hat. Hoffen wir, daß die Zeit zum Neuabschluß eines Tarifvertrages bald kommt, damit der von dem früheren Direktor Braun erzeugte Geist die Stätte des Werkes bald verläßt. Froh über diese Dinge, drücken uns heute aber nicht minder Sorgen für die Belegschaft dieses Werkes, denn die Weltwirtschaftskrise hat auch vor Fennes Toren nicht haltgemacht. Wohl litten auch dort schon längere Zeit einige Abteilungen schwer, da Maschinen stillgelegt und die daran beschäftigt gewesenen Arbeiter im Tagelohn gegen ein viel geringeres Entgelt weiterbeschäftigt wurden. Das war für diese Arbeiter ein starker Lohnausfall. Nun hat die Krise das ganze Werk gepackt und wird ab 15. Oktober verkürzt gearbeitet, so daß mindestens eine Schicht pro Woche ausfällt, was eine Lohneinbuße von 16 1/2 Proz. bedeutet. Im Laufe des Jahres mußten auch dort schon

einscheidende Lohnreduzierungen hingenommen werden, deshalb ist das Los der Fenne-Weißhohlglasarbeiter wie bei so vielen anderen auch nicht beneidenswert. Auch dort ist meistens Schmalhaus Küchenmeister, und die empfohlenen dicken Suppen wird es nicht jeden Tag geben können. Wenigstens nicht mit der Einlage wie bei anderen Leuten, die sie empfehlen. 1000-Frank-Verdiener gibt es auch dort sehr wenige, aber weit darunter Verdienende um so mehr.

Im idyllisch gelegenen Wadgassen liegt, von Klosterhauch umgeben, die Kristallglashütte Villeroy & Boch. Künstlerischer Geist und Arbeitsintensität sind in großem Maße unter den Arbeitern des Werkes vorhanden. Prunkvolle Wein- und Likörservice sowie sonstige Artikel zum Luxusgebrauch der herrschenden Gesellschaft werden dort hergestellt. Kann man die Arbeit als künstlerisch bezeichnen, so aber die Entlohnung nicht als ausreichend. In der von den Kristallglasarbeitern hergestellten Ware sprudelt schäumender Wein und Liköre, oder sie enthalten mundeckendes Gebäck und Obst auf den Banketts der Industrie-, Agrar- und Bankarone, bei Fürsten und Prinzen; bei dem Kristallglasarbeiter hingegen herrscht wie überall bitterste Not. Hunderte von Arbeitern wurden im Frühjahr vorigen Jahres vorübergehend entlassen. Lohnherabsetzungen mußten mit in Kauf genommen werden. Im September hat man eine Verschlechterung eingeführt, die wenigstens 10 bis 12 Proz. Lohnabzug ausmacht. Neue Verschlechterungen sollen geplant werden. Wir nehmen aber Abstand davon, weitere Schilierungen vorzunehmen, da wir aller Wahrscheinlichkeit nach in absehbarer Zeit uns weit ausholend mit den dortigen Werksverhältnissen beschäftigen müssen. (Schluß folgt.)

Windheim

Generalversammlung

Die Generalversammlung der Zahlstellen Windheim-Steinbach am 19. Dezember war gut besucht. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Ruß, gab in großen Umrissen ein Bild von den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und kennzeichnete besonders die schlimme Lage der Glasarbeiter. Seit einviertel Jahren sind die Kollegen arbeitslos und nur einem kleinen Teil war es in dieser Zeit möglich, einige Wochen bei der Firma Wiegand Arbeit zu erhalten, die übrigen stehen vor der Aussteuerung. Die jugendlichen Kollegen und Kolleginnen sind schon seit einem dreiviertel Jahr ohne Unterstützung und erhalten auch nichts von der Wohlfahrt. Wenn trotzdem die Mitglieder den Verband die Treue hielten, so beweist dies, daß die Kollegschaft den Sinn und den Zweck der Organisation zu würdigen weiß. Der Mitgliederstand nahm um 15 ab. Die Arbeit der Zahlstellenleitung wurde nicht weniger, sondern vermehrte sich infolge der fortwährenden Änderungen, die die Notverordnungen mit sich bringen.

Der Kassenbericht, den Kollege Fröber gab, konnte in Anbetracht der Arbeitslosigkeit nicht günstig sein. Der einst ansehnliche Lokalkassenbestand, dem früher bedeutende Summen aus Kantinenmitteln zuflossen, ist bedenklich zusammengeschrunft und wird bald völlig verbraucht sein. Der Verwaltung wurde Entlastung erteilt und ihre Wiederwahl mit Ausnahme des Schriftführers vorgenommen.

Beschlossen wurde, den arbeitslosen Kollegen eine Sonderunterstützung nach bestimmten Richtlinien zu gewähren. Die Versammlung kritisierte auch, daß die Bürgermeister von Steinbach und Windheim nicht an der Bürgermeisterversammlung des Bezirks teilgenommen haben, in der das Thema „Gemeinde- und Wohlfahrtsempfänger“ aufklärend behandelt wurde. Es wurden Hinweise gegeben, daß z. B. Nachbargemeinden ledigen Ausgesteuerten Wohlfahrtsempfänger zahlen, die Haushaltvorstände beschäftigen und doch ihren Etat ausgleichen. Am Schluß wies Kollege Ruß in zündenden Worten auf die Einigkeit der Arbeiterschaft hin. Den Führern ist durch Schaffen für Einheit zu beweisen, daß es höchste Zeit ist, der Zerrissenheit der Arbeiterschaft ein Ende zu bereiten. Fort mit dem vergiftenden Fanatismus, denn in der Zerrissenheit liegt Schwäche, in der Geschlossenheit aber die Kraft.

Fraureuth

Die Mitglieder der Zahlstelle Fraureuth kamen am 19. Dezember außergewöhnlich zahlreich in die Generalversammlung, um Rückschau und Ausblick zu halten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der verstorbenen Mitglieder W. Jahnert und A. Weiß. Den Jahres- und Geschäftsbericht erstattete der 1. Bevollmächtigte, Kollege M. Klug. Eingehend behandelte er die Wirtschaftskrise, ihre Auswirkung und Folgen für die Arbeiterschaft. Der Berichterstatter hob auch Einzelheiten hervor und betonte unter anderem, daß es ein Verdienst unseres Verbandes mit ist, wenn im Jahre 1929 die Silikose-Verordnung herauskam. Nach dieser Verordnung kommen Porzellanarbeiter bei Arbeitsunfähigkeit infolge Staublungeerkrankung in den Genuß einer Rente. Weiter ist es der Verbandsleitung gelungen, Teile der Zementindustrie unter den § 7 der Arbeitszeitordnung zu bringen, und einen verbesserten Frauen- und Jugendschutz in der Glasindustrie durchzusetzen. Dann ging der Redner auf die örtlichen Verhältnisse ein und behandelte in kurzen Umrissen die Tätigkeit der Verwaltung im verflochtenen Geschäftsjahr. Im Mitgliederstand ist seit Jahren fast nicht die geringste Änderung eingetreten. Noch nie hat sich der Wahlspruch „Treue um Treue“ so bewährt, als in den Zeiten dieser Not. Wenn wir uns über die Enttäuschung, daß die Porzellanfabrik wieder in Gang gebracht würde, zum Teil hinwegsetzen haben, so wollen wir uns auch nicht durch die Inbesitznahme des Werkes durch die Gemeinde besonderen Hoffnungen hingeben. Auch die

Gemeindeverwaltung ihrerseits hat das größte Interesse daran und ist auch bis heute mit uns aufrichtig bemüht, Arbeitslosigkeit herauszubringen. Wenn nach der Betriebschließung im Januar 1926 manche Kollegin und mancher Kollege in anderen Industriebetrieben der Umgegend wieder Arbeit bekommen hat, so setzten auch dort gar bald wieder den Abbau und Entlassung ein. Dies hatte zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder gewaltig anwuchs, und sich im Jahre 1931 auch nicht verringerte. Die Zahlstelle leistete neben der nicht geringen Gesamtausgabe an Kranken-, Erwerbslosen- und Invalidenunterstützung von 4115 RM noch 411 RM Sonderunterstützung an unsere arbeitslosen Mitglieder. In 21 Verwaltungssitzungen wurden die organisatorischen Maßnahmen im Interesse der Mitgliedschaft eingehend erörtert und zur Durchführung gebracht. Außerdem wurden durch Anfertigung von verschiedenen Gesuchen an die Behördenstellen, sowie durch Erteilung von Auskünften und Vertretung vor der Spruchbehörde die Kollegen vor persönlichen Schäden gewahrt.

Neben der Maifeier und dem Gewerkschaftsfest wurden zur Förderung der Bildungsbestrebungen zwei Bildungsvorträge abgehalten. Im Mittelpunkt der Zahlstellenleitung stand natürlich die Arbeitslosigkeit, die wir nicht beseitigen können. Zur Gegenwartsarbeit der Gewerkschaft gehört auch jede Maßnahme, die geeignet ist, die elende Lage des Arbeitslosen zu mildern und zu verbessern. Durch die langanhaltende Wirtschaftskrise haben viele Arbeitslose die bittere Bekanntheit mit der Wohlfahrtspflege machen müssen. Neben der geringen Unterstützung waren die Wohlfahrtsempfänger des Ortes auch in der Anwendung der Kontrollvorschriften sehr stark benachteiligt. Die Zahlstellenleitung hat sich an die maßgebenden Behördenstellen gewandt und um dringende Abhilfe der Uebelstände bemüht. Man hat der berechtigten Forderung Rechnung getragen, so daß die Kontrolle der Wohlfahrtsempfänger heute nicht mehr in Werdau, sondern am Orte selbst durchgeführt wird.

Anschließend gab Kollege R. Dietsch den Kassenbericht. Auf Antrag wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Im Punkt „Neuwahl“ kam die Zufriedenheit der Mitgliedschaft über die Tätigkeit der Verwaltungsmitglieder durch die Wiederwahl zum Ausdruck.

Im Punkt „Verschiedenes“ behandelte Kollege Feulner unser Verbandsstatut, welches auf Grund des Generalversammlungsbeschlusses vom 5. bis 10. Juli v. J. in München mit dem 1. Oktober eine wesentliche Änderung erfahren hat. Die getroffenen Maßnahmen wurden von den Mitgliedern anerkannt. Nachdem noch einige örtliche organisatorische Angelegenheiten erörtert und geklärt waren, schloß Kollege Kluge die interessante Jahresversammlung.

Nach Schluß der Versammlung erhielt jedes erwerbslose und invalide Mitglied 10 Pfund Weizenmehl als Geschenk überreicht. Dieses, wenn auch kleine solidarische Hilfswerk wurde mit anerkennenden Worten entgegengenommen. U. F.

Ebersdorf

Kürzlich ehrte die Zahlstelle Ebersdorf ihre Gründer und 8 Jubilare, die 25 Jahre und länger dem Verbande angehören, bei einer feierlichen Veranstaltung, mit der auch Werbezwecke verfolgt wurden. Kollege Dressel begrüßte im Namen der Zahlstelle die Erschienenen. Gauleiter Kollege Maier-Nürnberg hielt die Festansprache. Nach der Verteilung der Ehrenurkunde und Geschenke wurde ein Jubiläumsvortrag vorgetragen, und die Kollegin, Reichstagsabgeordnete Anna Zammert, hielt ein recht aufschlußreiches Werberferat über „Gewerkschaftskampf und Arbeiter-schicksal“. Reicher Beifall wurde ihr dafür zuteil. Kollege Neubauer dankte dann im Namen der Jubilare. Wünschenswert ist: Schöpft aus den Feierstunden neue Kraft! Wert für die Organisation! Sorgt dafür, daß der letzte noch fernstehende Fabrikarbeiter dem Verbandszugeführt wird!

Der Abschied des Indianers

Aus dem neuen Buche „Regierung“ von B. Travon, das bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erscheint, bringen wir diese Erzählung vom Abschied eines Indianers, der in Gefangenschaft geführt wird. Das neue Travonbuch wird nur an Mitglieder der Büchergilde Gutenberg abgegeben.

Gregorio, der Indianer, nahm seinen schweren Packen auf und machte sich auf den Marsch voraus.

Seine Frau war mit den Kindern weit auf dem Wege vorangegangen, um dort, wo der Pfad in den Busch einbog, von ihm Abschied zu nehmen.

Hier hockte die Frau mit ihrem Säugling an der Brust, ihren Mann erwartend. Die übrigen Kinder, drei waren es, herumstrollend in ihrer Nähe.

Die Frau, nach Indianerart auf dem Boden gehockt, weinte still vor sich hin, dabei den Oberkörper hin und her wiegend in einem Rhythmus, der gewiß im Einklang stand mit der schmerzlichen Bewegung in ihrem Gemüt. Sie preßte und herzte ihren Säugling an sich und ließ ihn wieder ein wenig frei im gleichen Rhythmus. Es war, als ob all ihr Schmerz sich nur auf das Kleine bezog. In dem Kinde äußerte sich ihre körperliche Empfindung, die sie ihrem Manne gegenüber nicht zeigen konnte.

Da kam Gregorio seines Weges, in einem wiegenden Schritt, reichlich gebückt unter der Last seines Packens.

Weil er nicht aufsah, sondern infolge des Traggurtes, der über seiner Stirn lag, nur einige Schritte weit vor sich sehen konnte, ohne weit nach rechts oder nach links blicken zu können, hatte er seine Frau nicht bemerkt.

Als er nur gerade noch drei Schritt von ihr entfernt war und aufrückte, um die Last besser verteilen zu können, sah er seine Frau am Pfad hocken.

„Hui!“ rief er kurz aus.

Er war erstaunt, sie hier zu sehen.

Er hielt seinen Schritt an, tat jedoch nur eine halbe Wendung zu ihr hin, als ob er andeuten wollte, daß er nicht die Absicht habe, stehenzubleiben oder gar zu rasten.

Die Frau hielt ihren Säugling hoch, als wolle sie ihn ihrem Manne zureichen, damit er ihn noch einmal sehen möchte.

Ihre Brust war bloß. Sie bemerkte es und nästelte ihr Jäckchen zu, ohne es aber zu schließen, weil sie es zu hastig tat in ihrer Bewegung.

Sie richtete sich nun ein wenig auf und kniete, immer noch ihr Kind ihrem Manne haltend. Dann begann sie zu schreien wie ein Tier. Ihr Gesicht, nicht gewaschen und dick aufgedunsen von nächtelangem Weinen, verzog sich zu einer Unbestimmtheit, die nur noch die Form eines weitgeöffneten, bläulichroten Mundes mit kräftigen Zähnen hatte. Ihre schwarzen Augen waren nur zwei dünne Striche, aus denen sich dicke Tränen drängten. Ihr dickes schwarzes Haar war zerzaust und zerraut und stand in verfilzten Strähnen nach allen Richtungen hin auseinander wie die dünnen Ästchen eines unentwirrbaren Strauches im Dschungel. Ihre kleine kurze Nase zog sich breit auseinander, und die an sich schon sehr weiten gesunden Öffnungen erschienen wie Höhlengänge zu den Mysterien einer unbekannt Welt, die hinter der braunroten wetherharten Haut ihres Gesichtes begann.

In langen gezogenen Strömen schrie sie den Klageschrei der indianischen Frau hinaus in die Unerbittlichkeit einer Umwelt, in der der Mensch gesetzt wird, zu seiner ewigen Not, behaftet mit körperlichen und seelischen Gefühlen, beklagenswerter als ein stumpfes Tier, das beneidenswert ist, keine Gefühle gegenüber der Zukunft zu haben.

Es brauchte ihr niemand zu sagen: Ihr Mann wurde ihr genommen, um nie wieder zu ihr zurückzukehren.

Wie ein Schaf, das vom Viehhändler aus dem Orte geführt wird, nie mehr zurückkommt. Ein Tier, das sprechen und lachen konnte, aber keine Seele hatte nach der Meinung derer, die über ihm zu Gericht saßen und es registrierten. Dreckig, verlaust, katholisch getauft, aber dennoch Heide, ungebildeter als ein Hund, gierig nach Branntwein, arbeitsegewohnte Hände hart wie Ebenholz, das Haar auf dem Kopfe durchgeschneuert von den rohen Trägern schwerer Lasten, durchgeschneuert und kahl wie die Druckstellen auf dem Rücken eines Lastmules. Eine Ziffer im Schlachthaus der Lanten derer, die Land und Rasse beherrschten.

Die Frau kannte die Zusammenhänge, die ihr Schicksal bestimmten, so wenig, wie ihr Mann sie kannte. Und so wenig wie eine Kuh, die von dem Händler über Land getrieben wird, um im Fleischladen zu landen, daran denkt, an geeigneter Stelle fortzulaufen, so wenig denkt die Frau daran, daß ihr Mann zurückkommen könnte. Sie sieht, wie Vieh fortgebracht wird, und weil sie aus hundert Erfahrungen weiß, daß die großen Patronitos die Herren mit dem Revolver im Gürtel, keinen Unterschied kennen oder machen zwischen Vieh und Indianer, dann weiß sie, daß sie ihren Mann zum letzten Male hier sieht.

In ihrem geländen Jammer ist kein Gedanke verborgen, der sich egoistisch auf sie selbst bezieht, was aus ihr und aus den Kindern werden soll. Das berührt sie nicht. Die Kinder wurden ihr geboren, und die Kinder werden essen und leben. Das Morgen ist weit, und wenn es kommt, wird sich der Tisch decken.

Ihr Jammer ist jetzt in seiner vulkanischen Kraft nur auf das Schicksal ihres Mannes ge-

richtet. Ihr Mann ist ihr in ihrem Herzeleid weder Bottgenosse noch der Versorger ihrer Kinder. Das ist wenig. Darum würde sie keinen Schrei ausstoßen, vielleicht kaum die Mundwinkel verzehren.

Aber ihr Mann ist der Vater ihrer Kinder, die ihr Herzblut sind. Ihren Kindern wird die Gottheit genommen in ihm. Den Kindern wird der Altar zerstört, an dem sie beten. Und für sie selbst, die Frau, wird der Mittelpunkt ihres Lebens zerstört. Ihr Mann mag ein Trunkenbold sein, er mag sie schlagen, er mag sie arbeiten lassen bis an das Ende ihrer Kräfte; aber trotzdem, er ist der Kernpunkt ihres Seins. All ihr Denken, Handeln und Sorgen sammelt sich auf ihn, er ist ihre Religion, ihr Herr, ihr einziger Freund und ihr treuester Kamerad. Er ist ihre wahre Heimat. Er ist das einzige Vaterland, das sie kennt. Mit ihm und durch ihn ist die Welt um sie herum belebt. Ohne ihn bricht die Welt in Stücke. Nicht



Aus Nürnberg

ihre wirtschaftlichen Probleme sind mit ihm verknüpft. Diese Probleme vermag sie mit Hilfe der Sippe zu lösen, schwer vielleicht, aber doch mit gewisser Sicherheit. Es sind ihre seelischen Probleme, die ohne ihn leer und verschwommen werden. So wie unpersönliche Menschen in ihrer Seele leer werden, wenn ihnen ihr Gott oder ihr Götz oder ihre Heiligen genommen werden.

Sie jammert nicht um sich, sie bemitleidet sich nicht. Ihr erschütternder Jammer ist der Ausdruck ihres Schmerzes, ihres körperlichen Schmerzes beinahe, weil sie auseinandergerissen wird, und ein Stück ihres Seins und Wesens, von ihr geschnitten wird.

Scheidung auf neurossisch / Von Wlatscheslaw Schischkow

Es gab im neuen Rußland einen Ehemann und eine Ehefrau — Iwan und Marja Prirodow. Ein Jahrzehntlang lebten sie friedlich miteinander. Es gab zwar ab und zu einen ordentlichen Krach, aber das ist ja immer so in der Ehe, das ist noch nie anders gewesen und entspricht außerdem auch den Naturgesetzen.

Nur einmal — erst vor kurzem und in völlig nichternem Zustande — gab es ein größeres Mißverständnis. Die Auseinandersetzung endete mit einer Scheidung.

Marja war sehr religiös. Eine Bekannte des Ehepaars, Wera, war es nicht. Als eines Tages in einer Betriebsversammlung beschlossen wurde, die Kirche in ein Theater zu verwandeln, ging Marja auf Wera mit Fäusten los. Die Folge war, daß Iwan zu Hause alle Heiligenbilder von den Wänden herunterholte und seiner Frau erklärte, daß sie Wera nicht einmal das Wasser reichen könne.

„Pini!“ spuckte die Frau aus.

Alles übrige kam dann von selbst.

Nach der Scheidung, die im heutigen Rußland sehr leicht zu bewerkstelligen ist, betraten sie ihr Zimmer wieder zu zweit. Er brachte ein Pfund Wurst mit. Sie — einen Hering und eine Bratzel. Jeder setzte sich in eine andere Ecke des Zimmers und weigerte sich für sich. Iwan machte zumacht den Versuch, ein Messer zu finden, hatte kein Glück und wollte die Frau davor nicht fragen — seine Selbstachtung verbot ihm das. So biß er also einfach in die Wurst hinein. „Jetzt bin ich frei, ich kann hingehen, wohin ich will!“ tröstete er sich dabei. Marja aber vertilgte ihren Hering in sorgenvollen Gedanken und trank unruhig Tee dazu.

Ich hätte jetzt eigentlich auch ganz gern ein Glaschen, dachte Iwan. Aber sie wird mir ja nichts abgeben, sie ist ja wütend.

Um seinen Durst zu löschen, ging er — aus irgendeinem Grunde auf Zehenspitzen — zur Wasserleitung und holte sich ein Glas Wasser.

Als die Uhr zehnmal schlug, gähnte Marja. „Dreh dich um!“ rief sie Iwan zu, als wäre er ein aufdringlicher Bettler. „Jetzt bist du mir Luft. Ich will mich ausziehen. Wenn du was sehen willst, dann kannst du zu deiner Wera gehen.“

Ihr Schreien brachte ihre herumtollenden Kinder herbei, die sich nahe an sie drängten und zu weinen begannen, als sie ihre Mutter in Trauer sahen.

Gregorio, der stehengeblieben war und sich ihr halb zugewandt hatte, sie anblickend, als ob sie schon nicht mehr zu ihm gehöre, hatte weitergehen wollen.

Als er aber seine Frau in dieser wilden Verzweiflung sah, und mehr noch vielleicht durch den zappelnden Säugling, den ihm seine Frau wie eine Opfergabe entgegenstreckte, kam er dicht zu ihr heran, ließ sich auf ein Knie nieder und zog seinen Kopf aus dem Traggurt hervor.

„Tate, Tate“, riefen die Kinder und krabbelten an ihm herum.

Ihr Weinen verstiegte sofort, als sie sahen, daß ihre Mutter sich berahigte im Augenblick, als sie ihren Mann an ihrer Seite hatte.

Es waren nur einige Minuten, die er hier verweilen konnte. Aber mit allen Sinnen und Gefühlen im Augenblick lebend, waren diese oildenden Minuten für die Frau gleich Jahrhunderten im Erlebnis. Auch nicht einer dieser wenigen Minuten wurde eine Sekunde geraubt, um sie an einen einzigen Gedanken an die Zukunft zu vergeuden. Keine dieser Minuten kam je wieder; und was in ihr nicht empfunden und erlebt wurde, konnten Ewigkeiten nicht erzeugen.

Gregorio zeigte keine Bewegung in seinem Gesicht von dem, was in ihm vorging. Er bewegte die Lippen, als wären sie am Vertrocknen.

Er nahm den Säugling aus den vorgestreckten Armen seiner Frau, schaukelte ihn, hielt ihn ein wenig auf seinen Knien, berührte sein Gesicht zart und kosend mit den runden braunen Backen des Kindes.

Aber er sagte nicht ein Wort.

Die Frau schluchzte leise in sich hinein und rückte ganz nahe, um ihren Mann zu fühlen.

Einige Male sagte sie: „Gregorio, Gregorio.“ Es waren die einzigen Worte, in denen sie alle ihre gegenwärtigen Gefühle auszudrücken vermochte.

Er gab ihr keine Ratschläge, was sie tun sollte, wenn er fort sei. Sie fragte ihn auch nicht darum. Das waren Dinge, die zu behandeln genug Zeit war, wenn sie drängten.

Die Kinder hatten wieder begonnen herumzutollen.

Der Mann und die Frau saßen still beieinander, ohne sich anzusehen. Beide sahen vor sich auf den schmalen Pfad, als ob sie die verwischten Hufspuren der Pferde und Mules, die da gegangen waren, auf ihr Alter prüfen wollten.

Es ist gewiß, daß die beiden nichts dachten, daß die Umwelt vor ihnen verschwand, und daß sie sich ausgelöscht fühlten aus ihrem bewußten Dasein wie in einem tiefen Schlafe.

Aber plötzlich wurden sie aus dem Schlafe aufgerissen, hart und unerbittlich.

„Ollah, Gregorio, voran, voran!“ Don Gabriel kam angeritten mit seiner Frau.

Die Frau ritt voran, das Tragemule folgte, und hinten ritt Don Gabriel.

„Orito, Patroncito, mein Herrchen“, antwortete Gregorio, „ja me voy, ich komme schon.“

Er richtete sich auf bei diesen Worten und gab seiner Frau den Säugling zurück.

Don Gabriel, ohne auch nur eine Sekunde zu halten, ritt unbekümmert weiter. Er wußte, Gregorio kommt nach.

Die Frau preßte das Kleine sofort wild und verzweifelt an sich mit überhastigen und wirren Bewegungen ihrer Arme und Hände. Da sie ihren Mann nicht umarmen und an sich pressen konnte, weil das gegen ihre Sitte verstieß, so sich aber gedrängt fühlte, körperlich auszudrücken, was sie in diesem Augenblick empfand, um sich zu befreien, darum überlud sie ihr Kleines mit den Umarmungen, die in ihrem Herzen ihrem Manne galten.

Sie blieb hocken auf ihrem Platze. Sie preßte ihre Lippen fest zusammen und sah mit großen nassen Augen auf zu ihrem Manne, alle seine Bewegungen des Aufbruchs verfolgend, so, als wolle sie jene Bewegungen lernen.

Mehrere Male schüttelte sie heftig den Kopf, als wolle sie etwas verneinen, weil es nicht möglich sein könne.

Während sie ihrem Manne zusah, wie er aufpackte, ergriff sie ihn und wieder ein Händchen des Kleinen, preßte es wie im Krampf zwischen ihre Finger und schob es in ihren Mund, leicht, aber doch völlig unbewußt ihrer Handlung, daran kauend und saugend.

Gregorio hatte seinen Packen geordnet.

Er setzte sich nieder, legte den Gurt über den Kopf, warf den Oberkörper mit einem kurzen sprungartigen Ruck nach vorn und stand dabei auf.

Mit der Last auf dem Rücken wandte er sich nun seiner Frau zu. Er reichte ihr die Hand zu, und sie berührte, nach der Weise ihrer Rasse, die ersten Glieder ihrer Finger, ohne die Hand zu drücken.

Aber ehe sie die Hände voneinander trennten, griff die Frau fest zu, nahm die Hand ihres Mannes und küßte sie.

Sein Gesicht wurde trübe, als zöge ein dünner Schleier darüber hin. Er preßte die Augen halb zu, schluckte einmal gurgelnd in der Kehle und griff mit der linken Hand zu dem Gurt über der Stirn, als müsse er ihn bequemer rücken.

Für den Hauch einer Sekunde preßte er seine Hand gegen die Lippen seiner Frau. Dann zog er die Hand heftig zurück.

Die Frau hielt ihm den Säugling zu, und er legte seine Fingerspitzen auf das Haar des Kindes.

Ihre Stimme in Gewalt nehmend, rief die Frau: „Muchachos, Tate geht.“

Die Kinder kamen herbei. Jedes, auch das Allerkleinste, ergriff die Hand des Vaters und küßte sie. Er berührte das Haar jedes Kindes als Gegengruß.

Die Kinder schlängelten sich wieder von dannen.

Er stand eine Weile vor seiner Frau, sah sie an in ihrer ungewaschenen und verdreckten Kümmerlichkeit ihres stillen Jammers, den Säugling an der nackten Brust hängend, ihre Augen verquollen und mit großen kugeligen Tropfen durchschwemmt auf ihn gerichtet, ihre nackten Beine mit den krustigen bloßen Füßen vorgestreckt aus dem schwarzen zerlöchernten Wollkittel, den Inbegriff seiner Heimat und seiner Welt.

Dann drehte er sich rasch halb um und ging seines Weges, ohne noch etwas zu sagen, ohne sich umzublicken, ohne anzuhalten.

Nach zehn Schritten hatte ihn der Busch verschlungen.

Als er sich bald darauf zum Schlafen auf den Fußboden hüllte, dachte er: „Man wird irgend etwas unternehmen müssen. Eine Matratze kaufen oder sonst etwas. Das mit der Scheidung ist zu blöd. Es ist ja nichts vorgesehen! Rein gar nichts!“ (Schluß folgt.)

Literarisches

Taschenbuch für Keramiker 1932, 2 Bände. (Band I: Notizkalender und 19 Seiten Text, Band II: Fachtechnischer Teil, 368 S. mit etwa 50 Abbildungen.) Geb. 3,30 RM. (Für Abonnenten der „Keramischen Rundschau“ Vorzugsangebot.) — Verlag „Keramische Rundschau“ O. m. b. H., Berlin NW 21. Das Taschenbuch, das alljährlich einem bestimmten Thema gewidmet ist, enthält diesmal in der Hauptsache das Kapitel „Die Brenne- und Schmelzöfen der Feinkeramik, Glas- und Emailleindustrie“ in sehr ausführlichen und anschaulichen Darlegungen, Tabellen und Zahlentafeln sind angehängt, vom gewerblichen Rechtsschutz ist darin geschrieben, Fachliteratur angegeben und ein alphabetischer Führer angefügt. Das behandelte Hauptgebiet dürfte vielen Keramikern willkommen sein und trägt sicher dazu bei, dem Taschenbuch neue Freunde zu werben.

„Daumer“ von Erich Knauf, Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreiecksstraße 5. — Diese Adresse muß sich jeder Bücherfreund aufschreiben; denn das ist die Stelle, bei der man für gutes Geld prachtvolle Bücher bekommt, wenn man ihr als Mitglied beiträgt. Ob sich das lohnt? Jeder Interessent überzeuge sich selbst von den Goldenbüchern. Eine ganz erkleckliche Anzahl ist schon erschienen. Eines ist besser als das andere. Und zu den Besten rechne ich auch das aktuelle Daumer-Buch. Daumer war der Witzblattzeichner des vorigen Jahrhunderts und der bildliche Schätzkammer der Geschichte der Klassenkämpfe in Frankreich von 1830—1872. Dieser Daumer hat aber nicht nur Witz auf den kleinen Bürger gemacht, der auf das Kapital schimpft und sich vor dem Bolschewismus fürchtet und deshalb im entscheidenden Augenblick herbeiläuft, die Arbeiter zu schießen. Daumer hat nicht nur, die kleinen Laster und Dummheiten des Bürgers verspottet, sondern er hat auch die großen Verbrechen dieser Klasse festgehalten, die jämmerlichkeit ihrer Innenpolitik, die Niedertracht ihrer Außenpolitik, ihren Eiertanz zwischen Republik und Monarchie. Und was weiter wichtig ist, dieser Karikaturist Daumer wird von dem Kritiker Erich Knauf beschrieben und erklärt. Damit bekam das Buch seine Einseitigkeit in Bild und Sprache, aber auch seine glänzende Würze. Wer Satire in Wort und Bild liebt, wird das Buch als begehrenswerten Genuß empfinden.

Gut und sicher Skifahren. Das Neueste in Skitechnik und Skitraining von A. Glucker, Stuttgart, Sportlehrer und Vorsitzender der Landsgruppe Württemberg, Baden, Pfalz, des Verbandes Deutscher Sportlehrer E. V. auf Knochendruckpapier mit 36 Bildern. Preis nur 1,25 RM. Soeben erschienen im Süddeutschen Verlagsbuchh. O. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstr. 44. — Das Buchlein ist Skisportfreunden sicher ein gutes Hilfsmittel beim Lernen dieses herrlichen Wintersports. Das Gebiet ist bis ins Kleinste in Wort und Bild behandelt und enthält Ratschläge für alles mit dem Schneeschuhlauf zusammenhängende. Wer Interessent ist, wende sich an den oben genannten Verlag.